

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement - Preis: 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus, Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich - Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen wir Belgien, Dänemark, Island, Italien, Bulgarien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgeleitete Kolonelle ober deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenanzeigen und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonntag, den 17. März 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Aus der Eisen- und Stahlindustrie.

Die „Arbeitsbeziehung“ lamentiert über die in den Kreisen der Eisenarbeiter gärende Unzufriedenheit. Selbstverständlich macht sie dafür die „Witatoren“ verantwortlich. Das ist alter kapitalistischer Brauch. Leider ist es außerordentlich schwierig, den Außenstehenden in einer Darstellung der Verhältnisse die ganze Summe der Qualen und Beschwernisse, denen die betreffenden Arbeiterkategorien unterworfen sind, klar zu machen.

In den Walzwerksbetrieben, in der Bessemer-Schmelze, im Puddelwerk, am Martinofen, in den Generatoren, an den Hochöfen, überall in diesen Betrieben wird die Arbeit zur Qual. Meist sind die Arbeiter dort Temperaturen bis zu 40 Grad und zugleich den Einflüssen der Witterung ausgesetzt. Von vorn erfährt den Körper sengende Glut, von oben trifft ihn Regen und Schnee. Von hinten, von den Seiten paden kalte Windstöße den heißen Körper: das ist des Arbeiters Winter- und Sommerfische! In den Walz- und Hammerwerken usw. sind die Leute im Sommer nur mit Hosen und Kittel bekleidet. Dieser Anzug wird während der Schicht oftmals gewechselt; wenige Minuten, nachdem er angelegt ist, ist kein trockener Faden mehr daran zu finden. Nicht minder qualvoll sind die Arbeiten in den Tiegelrotenkammern, Steinmühlen, Äschenkanälen, wo die Leute den furchtbaren Einwirkungen einer heißen, trockenen, vielfach infolge der Staubentwicklung fast undurchdringlichen Luft ausgesetzt sind. Hier riecht man magere, eingetrocknete, fast mumienhafte Gestalten, dort Leute mit krebseroter, von des Feuers Glut verbrannter Hautfarbe. 12, ja 24, sogar 36 Stunden wird in diesen Höllenbetrieben ununterbrochen gearbeitet. Für Einnahme der Mahlzeiten ist meist nicht die nötige Zeit und Ruhe gegeben. Als Beispiel dafür, wie wenig man um hygienische Forderungen gibt, sei nur auf die - fortgeschrittenste Betriebs-einrichtung, die sogenannte englische Schicht in den Geschloßdrehereien und in der Schreinerlei bei Krupp hingewiesen. Die englische Schicht dauert von morgens 8 Uhr bis abends 5 Uhr, mit einer Mittagspause von 20 Minuten. Ganze 20 Minuten für Einnahme des Mittagessens! Die Fehnstunden-schicht gibt es nur in der Theorie, keine gesetzlichen Bestimmungen schützen den Hüttenarbeiter vor unmenschlicher, rücksichtsloser Ausbeutung. Das Ueberstundenarbeiten ist fast allgemein zu einer ganz selbstverständlichen Einrichtung geworden.

Die Feuerarbeiter stehen allem geistigen Streben, dem ganzen öffentlichen Leben in fast völliger Gleichgültigkeit gegenüber. Diese Leute führen kein Menschenleben; sie begreifen nur - tierisch. Arbeiten, essen, trinken, schlafen, darin erschöpft sich ihr Lebensinhalt. Das ist ganz natürlich! Die Leute, die 12, 18, 14 und mehr Stunden fast ununterbrochen in glühender Hitze die schwersten Arbeiten verrichten müssen, sind abends so ermattet, so entkräftet, daß keine Spur von geistiger Spannkraft mehr vorhanden ist.

Periodisch wird in den einzelnen Betrieben, speziell auch in den mechanischen Werkstätten regelmäßig zwei- bis dreimal in der Woche in Ueberstunden geschafft. Daß einzelne Leute pro Woche 90 Stunden arbeiten, ist keine Seltenheit, 70-80 Stunden gehören in Perioden flotten Betriebes zu den Normalleistungen. Die Leistung von 24- und 36-stündiger Arbeitsschicht wird von vielen Meistern dicke verlangt. Wiewohl sehen die Leute in der Mangelzeit, Ueberstunden machen zu können, das einzige Mittel, ihre unzulänglichen Löhne aufzubessern. Wer sich weigert, Ueberstunden zu machen, bekommt Strafarbeit oder wird sonstwie schikaniert.

Das Unternehmertum versucht mit Vorliebe, die Oeffentlichkeit irre zu führen, um für alle Sünden wider Gesundheit und Leben Absolution zu erlangen. Diesem Zweck dienen ihre - Lohnstatistiken. Die Berechnung nach Sollarbeitern ist für die berufsgegenständliche Ermittlung der zu zahlenden Beiträge zwar akzeptabel, sie gibt aber kein richtiges Bild von den wirklichen Lohnverhältnissen. Unbedingt notwendig ist die Berücksichtigung der geleisteten Arbeitsstunden, es müssen die gezahlten Stundenlöhne ermittelt werden. Bei den Leistungen von 30 bis 40 Arbeitsschichten pro Monat ergeben sich ganz selbstverständlich hohe Löhne. Zu berücksichtigen ist bei der Bewertung der ermittelten Jahresdurchschnittsummen die starke Differenzierung der Löhne in den verschiedenen Arbeiterkategorien. Die sogenannten ersten und zweiten Männer an Oefen, Walzen, Dampfmaschinen usw., die Kolonnenführer in Schloßereien und Konstruktionswerkstätten erhalten Löhne von 8 bis 9 M., die dritten, vierten, fünften und sechsten Männer werden aber mit 3 und 4 M. abgefeuert. Den Tausenden, denen nur 3 Mark-Löhne zufließen, nützt der höhere Durchschnittslohn gar nichts.

Auf das Konto der furchtbaren physischen Anstrengungen in Verbindung mit schrankenlosen Ueberzeitarbeiten sind vorwiegend die erschreckend vielen Unglücksfälle in der Eisenindustrie zu buchen. Zur Illustration seien hier nur einige Zahlen aufgeführt. Im Jahre 1904 entfielen auf 1000 Versicherte:

bei sämtl. gewerbli. Berufsgenossenschaften	Unglücksfälle überhaupt	entschädigungs-pflichtige Unfälle
Eisen- u. Stahl-B.-G.	57.17	8.31
der Norddeutschen „ „ „	90.02	12.10
Schlesischen „ „ „	91.36	16.73
Rhein- u. Westfäl. Hütten- und Walzwerk-B.-G.	191.57	16.00

Die außerordentliche Unfallgefährlichkeit in den Stahlwerken tritt hier markant hervor. Geradezu unheimlich ist die Höhe der schweren Unglücksfälle sowohl in der schweren Industrie, in der Domäne der national-liberalen Industriegetriebenen im Rheinland und Westfalen,

als auch im Reiche der schlesischen Zentrumsgrafen. Eine besonders hervorragende Stellung nimmt die rheinisch-westfälische Industrie bezüglich der Unfälle ein. Die Unfallziffer geht um fast das Doppelte über die Ziffer für alle Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaften und um beinahe das Vierfache über die durchschnittliche Unfallziffer aller gewerblichen Berufsgenossenschaften hinaus. In der Sektion Oberhausen, wo die fortgeschrittenste Technik in der Hüttenindustrie Anwendung findet, kommen gar auf 1000 Versicherte 244 Unglücksfälle und 20 Schwerverletzte. Daß bei den Unglücksfällen Nachlässigkeit und Mißachtung der zum Schutze von Gesundheit und Leben der Arbeiter erforderlichen Schutzmaßnahmen eine große Rolle spielen, haben wir erst kürzlich aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten nachgewiesen.

Zum Beweise greifen wir aus der Fülle der täglichen Unglücksfälle einige typische Fälle heraus, die sich in den letzten Tagen ereigneten. Infolge konstruktiver Mängel stürzte am 23. Februar auf den Westfälischen Stahlwerken der eiserne Dachstuhl eines großen Neubaus zusammen, wobei über 20 Personen verletzt wurden; drei Arbeiter waren sofort tot. Auf dem Hoerder Verein, Abteilung Hermannshütte, war am 27. Februar der Schreiner Koch mit dem Verschalen eines Innenbades beschäftigt. Plötzlich sah ihn sein Arbeitskollege an der elektrischen Leitung hängen. Er rief: „Aus! Aus! Ausschalten! Aber es war kein Ausschalter vorhanden! Ein zufällig in der Nähe arbeitender Monteur hatte schon das Anstieren und Knattern gehört, aber er konnte nicht helfen. Er stürzte durch die Verteilungstation, durch einen Hausflur nach dem Rechnungsbureau an das Telefon. Jetzt endlich geht der Ruf: „Aus! Aus! Ausschalten, Lebensgefahr!“ von der Hermannshütte - zum Eisenwerk. Solche Mängel sind eine freventliche Mißachtung der zur Sicherung von Gesundheit und Leben der Arbeiter erforderlichen Schutzmaßnahmen. Und bei der Anlage ist noch mehr gesündigt worden. Die Gummihähne, welche bis auf Manneshöhe die blanke Hochspannungsleitung bedeckt, ist wohl nicht auf Durchschlagkraft geprüft. Vor ein paar Wochen belam ein Hilfsmonteur Koch von der Hochspannung einen Schlag, daß er auf die Knie sank und erhebliche Brandwunden davontrug.

Die Starkstromleitung auf der Hermannshütte ist, wie uns verschiedene Monteurs, die nicht nur fachkundig, sondern auch die Anlage kennen, bestimmt versicherten, viel zu schwach isoliert. Auf eine Strecke von etwa 15 Meter hat man nur zweimal Isolatoren angebracht. Die Leitungen berühren sich infolgedessen sehr oft. Die Isolatoren sind auf einer Latte befestigt und diese ist mit Bindfaden an dem eisernen Dachträger angebunden. Daß bei einer derartigen Befestigung eine Stromübertragung auf die Dachkonstruktion möglich ist, wird kein Fachmann bestreiten.

Bei der Untersuchung der Unfallursachen zog weiteres Unheil heran! Es liegt eine gewisse Tragik darin. Der Ingenieur Ettinger wollte am Donnerstag, den 1. März die Unfallstelle untersuchen, wie in der bürgerlichen Presse gemeldet wurde. Wir glauben, die Vermutung trifft zu, Ettinger wollte die Bindfäden entfernen und die Unfallstelle in - Ordnung bringen. An derselben Stelle, wo Koch vor ein paar Tagen sein Leben aufhauchte, erstickte auch Herr Ettinger das Gesicht; auch ihn holte man tot herunter. Hätten die verantwortlichen Organe sofort nach dem ersten Unfall eingegriffen, dann wäre wenigstens der zweite Todesfall vermieden worden.

Mangelhafte sanitäre Einrichtungen beeinflussen in höchst schädlicher Weise den Gesundheitszustand der Eisen- und Stahlarbeiter. In den alten zusammengebrängten Werkstätten fehlt es mit geringen Ausnahmen an Ventilationsanlagen. In den Feuerbetrieben „regeln“ ausgehobene Dächer und offene Tore die Temperatur - zum Vorteil der Gesundheit! Koch vor ziele zehn Jahren wurde bei der Wohlfahrtsfirma Krupp ein moderner Neubau errichtet, in dem zeitweilig über 500 Menschen beschäftigt wurden, der nicht ein einziges Fenster aufwies, das geöffnet werden konnte. An Ventilatoren hatte natürlich auch kein Mensch gedacht. Welche Atmosphäre hier herrschte bei den Ausdünstungen der Schmelze, der tausenden Gasflammen usw., läßt sich nicht beschreiben. Die Reinigungsanstalten bestehen meist nur aus einem - Wascheimer, vielfach ersetzt durch eine Konservendbüchse. Und solche „Einrichtungen“ werden von 3, 4 und mehr Personen gleichzeitig benutzt!

Diese Verhältnisse erklären die hohen Krankenziffern in den Stahlwerken. Die Fabrikkrankenlisten weisen eine um 70-80 Prozent den Reichsdurchschnitt für alle Krankenkassen übersteigende Krankenziffer auf. Bei Krupp z. B. entfielen pro 1000 auf je 100 Versicherte 70 Erkrankungsfälle und auf jeden Erkrankungsfall kommen durchschnittlich 15,88 Krankentage! Auf anderen Werken ist der Gesundheitszustand noch schlechter.

Schon vor 1 1/2 Jahren ist in der Arbeiterpresse auf die steigende Unzufriedenheit in den Reihen der Stahlarbeiter aufmerksam gemacht worden. Die Regierung hat die Warnungen in den Wind geschlagen; sie kann sich einen Teil der Schuld beimessen, wenn nun in einer großen Bewegung, mit förmlichem Aufbegehren nach Schutz gegen schrankenlose Ausbeutung die unter der Fuchtel der Eisentönige schmachenden Arbeiter auf die öffentliche Bühne treten.

Die Revolution in Rußland.

Eine Frage an den Kriegsminister.

Unter diesem Titel veröffentlicht die „Ruf“ einen Aufruf „An die Soldaten“, der in der Druckerei des Generalkommandos des Odesaer Militärbezirks hergestellt ist, was diesen Aufruf in den Augen der Soldaten zu einem offiziellen stempelt.

Der anonyme Autor dieses Schriftstückes beschreibet, wie während des russisch-japanischen Krieges „fremdländische Könige mit Hilfe von Juden“ ganze Berge ungeschlagener Schriften unter den Soldaten

verbreitet haben, die „mit Schmähungen unseres christlichen Glaubens und des heiligen russischen Jaren“ angefüllt waren, und wie dieser Umstand „he in a h e“ (1) zur Niederlage des russischen Heeres geführt hat. Dann fährt er fort, wie folgt:

„Aber damit ist das feindliche Werk nicht zu Ende. Die Wirren im Innern Rußlands fangen nun an. Wieder schmiedet unser fremdländischer Feind Ränke mit seinen Helfershelfern - den Juden und Nietlingen. Es ist ihm nicht gelungen, durch die japanischen Bajonette unsere Soldatenkraft zu brechen, nur verjagt er durch Bruderzwist, durch niederträchtige Verleumdungen, durch Meuterei russischer Leute uns ins Verderben zu jagen, um unser Vaterland, unser Rütterchen Ruß (vollständig Rußland, D. Ueb.) in seine Hände zu bekommen. Dabei stellt sich unser fremdländischer Feind ganz listig an: er kommt nicht selbst zu uns, er schießt sich vor unseren Kanonen. Dafür aber hat er mit Hilfe von Juden russische, christliche Seelen erkaufte und sie gegen Väterchen, den Jaren, gegen seine Diener, gegen unsere tapferen Krieger, gegen alle aufbeht, die treu für Glauben, Vaterland und den Jaren stehen! Unser geimniger Feind hat die rote Fahne entfaltet, eine feindliche, in Rußland noch nie dagewesene Fahne, gotteslästerliche Schmähworte hat er drauf geschrieben! Du, russisches Volk, und Du, russischer Soldat, lies was, was auf der Fahne steht, was die Leute schreiben, die mit der verfluchten Fahne durch die Straßen gehen: „Nieder mit der Selbstherrschast! Nieder mit dem Jaren! Es lebe der Zionismus!“ (?) Was bedeuten diese Fahne, diese Ruf! „Nieder mit dem Jaren!“ Brüder, solch eine Schande ist in Rußland noch nie dagewesen! Vorwärts, Brüder Soldaten, für den Jaren, für den Glauben, für die heilige Mutter Ruß!

Und wißt Ihr, was für ein Ding der „Zionismus“ ist? Die Juden haben einmal früher ihr eigenes Reich in Zion gehabt, aber sie haben es verloren, dort ist jetzt ein türkisches Reich. Jetzt irren die Juden in der Welt umher und suchen nach einem Reich, das sie erobern und zu einem jüdischen machen könnten. Das eben wollen die Juden mit unserer Mutter Ruß tun; sie haben eine rote Fahne aufgeflogen und versammeln um sie herum allerlei Gesindel - die einen mit Geld, die anderen mit Betrug und lügnerischen Versprechungen - und stürmen nun los gegen unser Väterchen, den Jaren, um seine russische Kraft zu brechen und dann einen jüdischen oder zionistischen Jaren auf den Thron zu setzen. Und nachher, Brüder, werden sie auch unseren christlichen Glauben zugrunde richten, wie sie es vor tausend Jahren mit Christus gemacht haben! Jetzt seht Ihr, wohin uns die rote Fahne führen!

Nein, Brüder, laßt Rußland nicht in die Hände seiner grimmigen Feinde fallen! Vertraut nicht den Versprechungen eines jüdischen Reiches! Mit starker Stimme ruft, wie aus einem Munde: „Nieder mit dem jüdischen Reich! Nieder mit dem Zionismus! Nieder mit den roten Fahnen! Nieder mit der roten jüdischen Freiheit! Nieder mit der roten jüdischen Gleichheit und Brüderlichkeit! Wir wollen kein jüdisches Reich im heiligen Rußland! Es lebe unser einziger russischer Jar, unser rechtgläubiger Jar, unser christlicher Selbstherrscher! Hurra! Hurra! Hurra!“

Unser Leben für den Jaren, den Glauben und das Vaterland! Steh auf, wach auf, russisches Volk! Nieder mit den feindlichen, jüdischen Neuerungen! Russischer Soldat! Auf gegen den Feind! Vorwärts! Ein alter Soldat.

Mit Genehmigung der Zensur. Druckerei des Generalkommandos des Odesaer Militärbezirks.

Die Frage aber, die die „Ruf“ an den Kriegsminister richtet, ist doch etwas naiv: wie kommt es, daß dieser Aufruf in einer militärischen Druckerei hergestellt ist und wozu ist es geschehen? Für jeden, der über die russischen Verhältnisse halbwegs unterrichtet ist, ist das die Klar, da er weiß, daß die russischen Militärbehörden nicht nur die Hooligans nach Kräften unterzügen, sondern oft selbst ihre Rolle übernehmen. Auf das Wozu aber haben die blutigen Pomerer Ereignisse, wo die Judenmassaker ausschließlich vom Militär injiziert war, eine genügende Antwort gegeben, noch ehe die Frage gestellt war!

Witte in Wüten.

Im Anschluß an den von der „Ruf“ veröffentlichten und von uns in Nr. 63 wiedergegebenen Aufruf zu Judenmassakern, der in einer antilichen Druckerei hergestellt war, weiß die „Ruf“ folgendes zu melden:

„Am 13. März wurde im Ministerrat über den in der Druckerei des Petersburger Statthalters hergestellten Aufruf zur Niedermetzelung der Juden und ihres Helfers Witte verhandelt. In Verbindung damit wurde auch die Frage der weiteren Existenz des „Verbandes des russischen Volkes“, des „Verbandes zum aktiven Kampf mit Revolution und Anarchie“ und anderer hooliganischer „Kampfes“-Organisationen in Erwägung gezogen. Im Laufe der Verhandlungen stellte es sich heraus, daß diese ausgebeuteten bedrängten Organisationen, die sich einer besonderen Gunst der Administration erfreuen und von jeder Aussicht befreit sind, eine ernste wirkliche Gefahr für die Bevölkerung bilden; auch sind alle, wie bekannt, sehr gegen den Großen Witte aufgebracht. Nach den bei der Regierung eingelaufenen Nachrichten bereiten sie einen bewaffneten Ueberfall vor. Alle diese zum Vorschein gekommenen Umstände haben den Ministerrat bezogen, zu energischer Maßregelung zu greifen; vom Statthalter wurden sofort Aufklärungen über seine Handlungsweise eingefordert. Infolge des gefassten Beschlusses auf Vernichtung der hooliganorganisationen werden sie in den nächsten Tagen ihre offizielle Existenz einbüßen müssen.“

Reaktionäre Mutarbeit.

Petersburg, 15. März. Der Petersburger Schriftstellerverband beschloß einen energischen Protest gegen die durch das Kriegsgericht erfolgte Verurteilung von drei Redakteuren der Lokalspresse in Tschita zum Tode durch den Strang. Der Protest wird morgen in den meisten Residenzblättern veröffentlicht werden.

Tschita, 16. März. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Der zum Tode verurteilte Museumsdirektor Kusnezow und noch zwei andere Personen, über welche dieselbe Strafe verhängt war, sind zu langjähriger Zwangsarbeit begnadigt worden. Die übrigen vier zum Tode Verurteilten sind heute erschossen worden.

Wessa, 15. März. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Das Militärgericht verurteilte den Sohn des Generals Michailow zu drei Jahren Zuchthaus unter Verlassung im Besitz der bürgerlichen Rechte, weil er unter den Soldaten Aufruhr verbreitet hatte, in denen sie zum Verrat gegen ihre militärische Pflicht aufgereizt werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. März.

Kolonialwäpche ohne Ende.

Wie besessen fielen die Kolonialschwärmer heute über unsere Genossen Vebel und Ledebour her, um die von diesen an der offiziellen Kolonialpolitik geübte Kritik zu entkräften. Zu dem Zwecke entwarfen die ersten Schilderungen vorteilhafter Ausichten in den Kolonien für die deutsche Volkswirtschaft, um die sie afrikabegeisterte Romanschreiber beneiden werden. Der Abgeordnete Hagemann, national-liberal, vertieg sich in seinen Illusionen zu der naiven Annahme, daß es gelingen werde, die afrikanischen Kolonien kulturell so zu gestalten, daß sich der deutsche Auswandererstrom dahin wende. Indessen, diese naiven kolonialpolitischen Anschauungen stachen moralisch noch gründlich ab gegenüber den Bemühungen der Arendt und Nordoff, die Brutalitäten eines Peters zu verteidigen, den Peters selbst zu rehabilitieren und so den kolonialpolitischen Gräueln das Siegel zustimmender Bestätigung des deutschen Reichstages aufzudrücken. Arendt trug alle die Märchen zum soundsovieltsten Male vor, die den Peters als schuldlos und als einen potenten Kolonisationscharakterisieren sollen.

Allein Genosse Ledebour schlug diese Bestrebungen mit unbarmherziger Aufzählung der Petersschen Ausschweifungen und Verbrechen unter dem wütenden Geheißer Arendts und v. Nordoffs zurück. Er zerstreute auch die Illusionen Hagemanns durch den Hinweis auf die klimatischen Verhältnisse Afrikas, die es ausschließen, daß Deutsche überhaupt Nordenropäer, in Massen nach Afrika auswandern. Diese klimatischen Verhältnisse verhindern eine Bodenkultur, die der Tätigkeit kultivierter Europäer entspräche.

Die Abgeordneten Vachem und Gröber, Zentrum, griffen dann die Kolonialverwaltung wegen Nichterteilung von Auskünften scharf an. Vachem machte der Verwaltung sogar den Vorwurf der Hinterhältigkeit, wogegen der „Kolonialprinz“ energisch protestierte. Es schien, als ob diese kleinen Attaken weniger der Kolonialverwaltung galten, sondern vielmehr als kleine Bosheiten gegen die Absicht Spahn's, die Opposition gegen die Kolonialpolitik zu dämpfen, gerichtet waren. Dann wurde der in Frage stehende Teil des Kolonial-etats bewilligt.

Morgen: Fortsetzung der Beratung des Kolonialetats.

Massenabjachtung im Dreiklassenparlament.

Das Abgeordnetenhaus hat am Freitag nicht weniger als 16 Etats in dritter Lesung „beraten“, darunter so umfangreiche und wichtige Etats, wie die der Eisenbahnverwaltung, der Bergverwaltung, der Handels- und Gewerbeverwaltung und der Justizverwaltung. Die „Beratung“ vollzog sich in der Weise, daß die Mehrheit immer einige Redner, denen bei der zweiten Lesung das Wort entzogen war, ihre Rede halten ließ und dann einen Schlußantrag annahm.

Bei der Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung ergriff Minister v. Roddielski wieder einmal die Gelegenheit, sich über die Fleischnot zu äußern. Herr v. Roddielski fühlt sich nach wie vor nicht als Staatsminister, sondern nur als Sachwalter der Landwirtschaft; er betrachtet es als seine Aufgabe, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte hochzuhalten, unbekümmert darum, ob die Gesamtheit dadurch geschädigt wird. Obwohl seine Prophezeiungen vom vorigen Herbst nicht eingetroffen sind, denkt er auch jetzt noch nicht an Erleichterungen in bezug auf die Schweinezufuhr. Jetzt will er erst die — Wirkung der neuen Handelsverträge abwarten! Inzwischen kann das Volk weiter hungern zur höheren Ehre des vom Schwarm der Agrarier bejubelten Ministers.

Beim Etat der Bergverwaltung äußerten Redner aller Parteien ihr Mitgefühl mit den Opfern der Katastrophe von Courrières und sprachen den deutschen Bergarbeitern, die ihren Kollegen zu Hilfe gekommen sind, Worte der Anerkennung aus. Aber bei diesen Worten wird es wohl bleiben; zur Förderung einer Unterstützung der Hinterbliebenen der Opfer raffte sich niemand auf. Sollte der preussische Staat für diesen Zweck wirklich nichts übrig haben? Daß einige national-liberale Vertreter des Grubenkapitals selbst diese traurigen Anläß zur Agitation gegen die Forderung auf Anstellung von Arbeiterkontrollleuten und zu einer Heße gegen die Sozialdemokratie benutzten, sei nur nebenbei erwähnt. Ein näheres Eingehen darauf erübrigt sich.

Beim Etat der Eisenbahnverwaltung brachten die Abgg. Broemel (fr. P.) und Goldschmidt (fr. P.) die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter und Beamten zur Sprache, ohne daß die übrigen Parteien und die Regierung es für nötig hielten, eine so wichtige Frage eingehend zu erörtern. Auch hier walteten die „Scharfrichter“, wie ein Abgeordneter scherzhaft aber nicht unzutreffend die Schlußwörter bezeichnete, prompt ihres Amtes.

Die Beratung des Etats der Justizverwaltung endlich gab dem Minister Dr. Beseler Anlaß, alle Angriffe, die in der letzten Zeit gegen die preussische Justiz erhoben sind, durch ein paar hochtönende Phrasen kurzerhand als unberechtigt zu bezeichnen. Auf eine sachliche Auseinandersetzung ließ er sich nicht ein, dazu ist er zu bornhart, und das hat er auch im Dreiklassenparlament nicht nötig.

Am Sonnabend sollen die noch ausstehenden Etats (Ministerium des Innern und Kultus) erledigt werden.

Fortschrittspolitiker.

Die „Freie Deutsche Presse“, die würdige Nachfolgerin der von Eugen Richter gegründeten „Freisinnigen Zeitung“, fällt sich durch die Nachrufe verlegt, welche die sozialdemokratische Presse und einige freisinnige Blätter dem verstorbenen Generalfeldmarschall der einstigen Fortschrittspartei gewidmet haben. In einem „Gelächter“ überschriebenen Artikel nimmt das Blatt von der Anerkennung Notiz, die liberalen und konservativen Zeitungen seinem ehemaligen Chefredakteur gesendet haben, um dann eine Reihe Blätter zu zitieren, die sich in ihrer Charakteristik Eugen Richters als Politikers nicht zu der sentimentalischen Heuschrecke des Ausspruchs: „De mortuis nil nisi bene“ („Von den Toten spricht nur Gutes“) aufzuswingen vermochten — darunter der „Vorwärts“, die „Leipz. Volksztg.“, die „Dortmunder Arbeiterztg.“, die „S. Z. am Mittag“, das „Berl. Tageblatt“ und die „Berl. Volkszeitung“.

In seiner geistigen Verimpelung merkt das Müller'sche Blatt gar nicht, wie die überhöchliche Lobpreisung Richters durch die Blätter vom Schlege der „Kreuz-Zeitung“ und der „Deutschen Tageszeitung“ eine tiefere Herabsetzung des freisinnigen Generalisimus bedeutet als die freie, offene Kritik der sozialdemokratischen Presse, denn das Lob der agrarischen Blätter beweist, daß man im agrarischen Lager längst aufgehört hat, Eugen Richter als streitbaren Widerständer zu fürchten, daß man sich gewöhnt hat, ihn als irrelevanten Größe im politischen Kampfe anzusehen und mit ihm als einen nicht mehr gefährlichen, teilweise sogar nützlichen Faktor zu rechnen. Es ist geradezu widerlich, wenn die „Deutsche Tagesztg.“ ihren Refektor gegenüber dem Widerspruch, den er in den eigenen Reihen gefunden hat, mit dem „rein menschlichen Standpunkt“ rechtfertigt, daß an der Waise eines Mannes, „der zu den bedeutenden, führenden Geistern des Volkes gehörte“, das kleine, Fehlerhafte vor dem Großen, dem Treflichen, dem Einigen zurückzutreten habe, und wenn sie dann im Anschluß daran von „dem schönen Zug des deutschen Wesens“ fesselt, „daß der unmittelbare Eindruck des Todes die Gegensätze mildert.“

In Wirklichkeit hat der Grundsatz: „De mortuis nil nisi bene“ nie für eine politische Partei gegolten, am wenigsten für die konservative. Man braucht sich nur daran zu erinnern, welche Schmähungen die konservative Presse einst auf Laslers Haupt häufte, als nach dessen Tode das Washingtoner Repräsentantenhaus durch den Vertreter der Vereinigten Staaten in Berlin dem deutschen Reichslanzler eine Beileidsadresse überreichen ließ, und Bismarck diese höhnisch zurückwies; ferner an die Äußerungen der konservativen Presse beim Tode Vanbergers und Virchows, obgleich letzterer politisch nie so scharf hervorgetreten ist als Eugen Richter, und außerdem hohe wissenschaftliche Verdienste in die Waagschale zu werfen hatte. Damals verpönte die feudale Presse nichts von dem sentimental „schönen Zug des deutschen Wesens“. Und sie würde auch heute nicht über die „Milderung der Gegensätze an der Totenbahre“ philosophieren, wenn noch die Situation dieselbe wäre, wie zu den Zeiten Bismarcks, wie zur Zeit der Kämpfe um das Septennat oder zur Zeit der 99-tägigen Regierung des Kaisers Friedrich. Wer glaubt, daß wenn heute noch die politische Spannung jener Tage herrschte, „Kreuz-Zeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ in der Rolle semitischer Klagenweiber dem toten Führer des Freisinnus denselben Refektor gewidmet hätten, beweist damit eine fast polzeitwidrige Naivität.

Die konservative Umgebung vor den Maren Eugen Richters beweist nur, daß der freisinnige „Riese“ — so nennt ihn das Müller'sche Blatt — längst seine Kraft verloren und in dem Kampf der letzten Jahre immer mehr zu einem retardierenden Element geworden ist. Es ist nur der Dank für seine Haltung während der Bollkämpfe, den die konservative Presse dem verstorbenen Freisinnführer in ihren Nachrufen nachträglich abtrottel.

Hätte nicht die Gefolgschaft Richters den Blick für die historische Entwicklung ihrer eigenen Partei und ihre Stellung im heutigen politischen Betriebe verloren, die freisinnig-volksparteiliche Presse würde die mittelalters-sentimentalen Nachrufe der konservativen Blätter auf den von Bismarck so oft als Reichsfeind denunzierten freisinnigen Führer nicht mit Benutzung registrieren, sondern darin eine Mahnung finden, zu den alten Kampftraditionen zurückzukehren, die einst dem Abgeordneten Richter den Haß des feudalen Bismarckschen Anhangs zugezogen haben. Doch die Zeit freisinniger Kampfkraft ist längst dahin. In einer Pamphletensammlung erwartet, hat das Häuflein der Fortschrittspolitiker völlig verlernt, den Spruch zu begreifen: „Der größte Schimpf ist das Lob der Feinde!“

Deutsches Reich.

Wirrnisse im Zentrumslager.

Es ist nicht das erstemal, daß ein Teil der katholischen Arbeiter rebellisch wird. Vor einigen Jahren schon war eine kleine Revolte ausgebrochen, doch war dieselbe nicht sehr nachhaltig. Wie weit die jetzige Opposition tiefer in den christlichen Gewerkschaften wurzelt, läßt sich noch nicht entscheiden; interessant ist, daß sie von R. Gladbach, dem Stize des katholischen Volksvereins, ausgeht. In R. Gladbach sind die christlichen Gewerkschaften verhältnismäßig stark, besonders spielt der christliche Textilarbeiterverband dort eine ausfallgebende Rolle. Dieser letztere beteiligt sich auch fast an allen Lohnbewegungen, die im Textilgewerbe in R. Gladbach ausbrechen. Bezeichnend ist, daß es in R. Gladbach selbst, als auch in der Umgebung in der Textilindustrie fast fortwährend gärt; keines Geplänkel zwischen Unternehmern und Arbeitern ist dort etwas Alltägliches. In diesen Kämpfen stehen freie Gewerkschaftler und Christliche meist Schulter an Schulter. Trotz dieser fortwährenden Streiks ist die Lage der Textilarbeiter in dem Gladbacher Bezirke erbärmlich, die Löhne sind niedrig, und wenn eine kleine Erhöhung während der Saison durchgesetzt ist, macht der Unternehmer bei der ersten Geschäftsstodung wieder Abzüge, so daß die Arbeiter später den Kampf aufs neue beginnen müssen. Dieses fortwährende Treiben im Kreise mag nun eine Anzahl katholischer Arbeiter zum Nachdenken gebracht haben, denn sie verlangen jetzt politischen Einfluß innerhalb der Zentrumspartei. Diese Arbeiter, unter welchen sich Vertrauensmänner der christlichen Gewerkschaften befinden, haben ein Flugblatt verfaßt, das in Tausenden von Exemplaren unter der katholischen Arbeitererschaft verteilt wird. Wir geben in folgendem einen Auszug aus demselben wieder, um zu zeigen, daß die Verfasser die Situation in der Zentrumspartei richtig erkannt haben, aber nicht imstande sind, die Konsequenzen zu ziehen. Es heißt unter anderem in dem Flugblatt:

„In die christlich-geinnte Arbeitererschaft!“

Vor nahezu sieben Jahren erging der Ruf an die Arbeiter-schaft, organisiert euch.

In Scharen strömten die christl. Arbeiter heran, um sich in Berufsorganisationen zusammenzuschließen.

In vielen wirtschaftlichen Kämpfen haben die Arbeiter seitdem gegen ihre Arbeitgeber, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, zusammengestanden, und manche Erfolge sind der gewerkschaftlichen Organisation zu verdanken.

Aber nun einmal die Gegenseite.

Was nützt es den Arbeiter, wenn sie durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß 5 Proz. Lohnserhöhung erhalten, ihnen aber auf anderem Gebiete um 25 Proz. die Lebensmittel und die Wohnungsmieten verteuert werden.

Wir haben in den letzten Jahrzehnten keinen Krieg, keine Misgeriten, auch keinen innerpolitischen Druck, wie dieses beim Handweck der Fall durch die Einführung der Gewerbefreiheit, für die Landwirtschaft zu verzeichnen gehabt, trotzdem sind die Lebensmittel enorm gestiegen. Woher das?

Wir christl. Arbeiter haben keine politische Vertretung, wir streiten um die Dornen, die Rosen pflückt der politische Kapitalismus. Jene, die sich hieran dem christl. arbeitenden Volke als politische Vertreter aufgestellt, haben die Interessen des christl. arbeitenden Volkes mit Füßen getreten.

Hiermit ist, weil die Sozialdemokratie für das christl. Volk nicht in Betracht kommt, unsere Zentrumspartei gemeint.

Sehen wir uns einmal die Zusammensetzung unserer Zentrumspartei: Die Wählerschaft besteht zu 80 Proz. aus dem werltlichen Volk, die Abgeordneten sind fast ausschließlich aus den besthabenden Kreisen, oder von denselben abhängig.

In den örtlichen Wahlkomitees der Zentrumspartei sind die Arbeiter, ausgenommen ein paar Scheinarbeiter, nicht zugelassen. Eine derartige Zusammenstellung unserer offiziellen Zentrumspartei befiehlt demnach, den Verhältnissen ihrer Wähler entsprechend, zu Unrecht.

So ist es leicht erklärlich, daß diese Herren über die Köpfe des arbeitenden Volkes hinweg den Abgeordneten diktieren, eine Politik zu machen, wozu das christl. arbeitende Volk nicht länger mehr schweigen kann.

Auf sozialpolitischem Gebiete hat unsere Zentrumspartei in den letzten Jahren fast nichts getan, wohl aber hat das Zentrum mitgearbeitet, den indirekten Steuerzettel des arbeitenden Volkes durch Verteuerung der notwendigen Lebensmittel zu verdoppeln.

Im Jahre 1902, am Vorabend des hl. Weihnachtsfestes, hat unsere Zentrumspartei durch Annahme des Zolltarifes dem arbeitenden Volke eine Wunde geflochten, die jetzt beim Inkrafttreten der Handelsverträge bereits zu eitern anfängt. . . .

Neue Steuern, die wieder die breiten Volksschichten belasten, stehen auf der politischen Tagesordnung, einer Bier-, Zigaretten- und einer Hahnenartensteuer 3. Klasse hat unsere Zentrumspartei bereits in der Steuerkommission ihre Zustimmung gegeben. . . .

Christl. Arbeiter, wahr! eure verfassungsmäßig verbürgten Rechte auch durch selbständiges politisches Streben an der Gesetzgebung betätigen zu können. Streben wir innerhalb der Zentrumspartei eine christl. volkstümliche Politik zum Durchbruch zu bringen, damit die Lebenslage des arbeitenden Volkes nicht noch mehr verschlechtert wird.“

Daß die Verfasser des Flugblattes ihren Zweck, die Zentrumspartei zu einer volkstümlichen Politik zu zwingen, erreichen, ist ausgeschlossen. Der Erfolg der Bewegung kann nur der sein: ein Teil der Opponenten geht ins sozialdemokratische Lager über, während dem Rest der Scharit noch zu gewagt erscheint und er unter die Fittiche der katholischen Geistlichkeit zurückkehrt. Diese Bewegungen zu verfolgen, ist auf alle Fälle interessant, sind sie doch ein Zeichen des zunehmenden Verfalles innerhalb des Zentrums. Durch die Wirtschaftspolitik, die das Zentrum verfolgt, muß es auf die Dauer die Arbeiter immer mehr abstoßen. Das beweist ja schon die Essener Erntewahl.

Der „tolle Jesko“.

Die „Frankfurter Zeitung“ erzählt allerhand biographische Denkwürdigkeiten von dem Ex-Gouverneur von Kamerun, die der breitesten Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden dürfen. Schon als Puttkamer noch Konsul in der englischen Kolonie Lagos gewesen sei, habe er sich durch seine Trinkseligkeit bei nächtlichen Zechgelagen einen Ruf erworben, der allerdings weniger geeignet gewesen sei, das Ansehen der Deutschen im Auslande zu erhöhen. Als er dann Landeshauptmann von Togo geworden sei, habe sein Nachfolger jahrelang zu tun gehabt, um die heillose Wirtschaft, besonders die Verworsenheit der der Finanzen, wieder in einen normalen Zustand zu bringen. Da auch Puttkamer damals schon ein besonderes Faible für das ewig Weibliche besaß, habe sich die Sitte eingebürgert, die Stationen nach den Namen kurzweiliger Schönen zu taufen. So habe beispielsweise eine Station den Namen Misa-höhe erhalten und zwar nach einer Dame Misa G., mit der der Landeshauptmann damals garte Beziehungen unterhalten habe. Auch als Puttkamer Gouverneur in Kamerun geworden sei, habe er seinem Pärlichkeitsbedürfnis im ausgiebigsten Maße Rechnung getragen. Um sich standesgemäß zu amüsieren, habe er der bekannten Halbweibdame aus der Friedrichstraße den Adelsittel verliehen und sie für seine Cousine ausgegeben. Mehrere in Kamerun stationiert gewesene Marine-Offiziere hätten sich geweigert, in dem Hause Puttkamers zu verkehren, da dort die besagte Halbweibdame die Honneurs gemacht habe. Die Leute freilich, die Anstöß an dem Lebenswandel des „tollen Jesko“ genommen hätten, seien bald aus der Kolonie entfernt worden. Dafür seien diejenigen, die es mit dem Gouverneur gehalten hätten, nach Kräften in ihrer Karriere befördert worden.

Aber nicht nur in bezug auf die Weiblichkeit habe der Gouverneur Sultanlaunen gezeigt. So habe er sich in Duala und Uuca zwei großartige und überaus kostspielige Paläste gebaut, ferner einen für dortige Verhältnisse viel zu großen Dampfer mit den luxuriösesten Einrichtungen beschafft. Die Wohnungsverhältnisse der Offiziere und Beamten dagegen seien minderwertig und zum Teil gesundheitsschädlich gewesen. Die Zerrüttung der Verhältnisse in der Kolonie, die durch Jeskos Gouvernementsführung hervorgerufen worden sei, habe fortwährende Expeditionen notwendig gemacht. Gerade in der letzten Zeit habe die Schutztruppe wieder erhebliche Verluste besonders an Offizieren gehabt. Wahrscheinlich ständen auch in Kamerun wie in den anderen Kolonien infolge des Puttkamer'schen Systems noch schwere Zustände bevor. Die jetzigen Vergewaltigungen der Atwahauptlinge hätten den Haß der Regier gegen die Weißen nur noch mehr geschürt.

Daß Herr v. Puttkamer seiner Kolonie nur ein recht geringes Interesse entgegengebracht habe, beweisen schon seine häufigen und ausgedehnten Urlaube. Nicht ein einziges Mal sei der Gouverneur länger als 1 1/2 Jahre in der Kolonie gewesen, wohl aber seien ihm, natürlich aus „Gesundheitsrücksichten“, Urlaube von acht, zehn und mehr Monaten bewilligt worden, selbstverständlich stets unter Verbeihaltung seines nicht gerade geringen Gehaltes. Kamerun besitze ja kein allzu gesundes Klima, aber gerade deshalb müsse man von dem obersten Beamten erwarten, daß er ein tropenhygienisches Leben führe und vor allen Dingen den übermäßigen Alkoholgenuß vermeide. Das sei leider nie der Fall gewesen. Seiner Neigung für den Alkohol habe sich Herr v. Puttkamer seinen Untergebenen ein schlechtes Beispiel gegeben. In den Spielhöhlen von Madeira und Monaco sei er während seines Urlaubs eine bekannte Erscheinung gewesen.

Und für einen solchen Musterbeamten legt sich nicht nur Herr Arendt, sondern auch der volksparteiliche Herr Storz mit besonderem Eifer ins Zeug! —

Freisinnige Einigungshypothasen.

Es gehört zu den besonderen Eigenheiten des „Berliner Tageblattes“, alle paar Wochen eine günstige Gelegenheit zur Einigung der „entschieden“ liberalen Parteien zu entdecken. Jetzt bietet ihm der Tod Eugen Richters wieder einen Anlaß, von der Einigung aller wahren Elemente zu phantazieren. Es meint in seinem politischen Traumleben:

„Das Ziel kann nur die Einigung des Liberalismus sein, zunächst soweit die freisinnige Volkspartei und die freisinnige Vereinigung in Betracht kommen. In welcher Form sich diese Einigung zu vollziehen hat, das ist im letzten Grunde gleichgültig.“

Ob sich die Schrecken der Ostsee- und Ostpreußen in Finnland wiederholen sollen, das ist es, worüber jetzt am Hofe des Zaren entschieden wird. —

Amerika.

Zugunsten der Monopolisten. Der Kampf der Straßenbahn-Monopolisten von Chicago gegen die Bestrebungen der Bürger, die Straßenbahnen in den Besitz der Stadtgemeinde zu bringen, hat jetzt zu einem Urteil des höchsten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten (Supreme Court of the United States) geführt. Der Beschluß lautet dahin, daß die Monopolisten noch für die nächsten 64 Jahre das Verfügungsrecht über die Bahnen haben. — Damit ist das Straßenbahnmonopol wieder auf Jahre hinaus fest gesichert, trotz aller Abstimmungen der Bürgerchaft für Verstaatlichung. —

Verichtigung.

Im Artikel „Vriand“ (Hauptblatt Nr. 61) sind zwei arge Druckfehler stehen geblieben: Satz 1 des zweiten Abschnitts muß beginnen: Man nimmt Vriand ins Ministerium nicht als Ausdruck und Vertreter der gesellschaftlichen Macht, die das Proletariat schon gewonnen hat. . . . Im 4. Satz des 3. Absatzes muß es heißen: Phrasenmelch des Anarchismus. —

Gewerkschaftliches.

Die Verräterei im Ruhrreviere.

Es hat keine Wichtigkeit damit, der Vorstand des Christlichen Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter bestätigt den Verrat ausdrücklich in einer Zuschrift an die bürgerliche Presse. Der Vorstand des Christlichen Gewerkschaftsvereins beschuldigt sich also selbst, von uns ist es nicht geschehen. Er stellt sich verwundert, daß die Dortmund „Arbeiterzeitung“ die Verräterei noch nicht eher gemerkt habe, sie müsse also geschlafen haben. Am 24. Februar habe das Zirkular an die Ausschussmitglieder „Hon im „Vergnappen“ abgedruckt gestanden. Das stimmt schon, aber in dem im „Vergnappen“ abgedruckten Zirkulare stand nicht, daß den Zechenverwaltungen mitgeteilt werden solle, die „Christen“ akzeptierten in Zukunft den Verband und die Siebenerkommission nicht mehr. Darauf kommt's aber gerade an, das war der „Arbeiterzeitung“ von ihren Gewährsmännern mitgeteilt worden, und daß es so geschehen, wird in der Zuschrift des Vorstandes des Christlichen Gewerkschaftsvereins an die bürgerliche Presse auch nicht bestritten. Im Gegenteil: gerade diese Frage, die den Verrat genau präzisiert, wird vom Vorstand also beantwortet:

„Im übrigen ist der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter weder dem roten Verband noch der Siebenerkommission über sein Tun Rechenschaft schuldig.“

Das genügt vollständig. Mehr brauchen wir nicht zu wissen. Dieser eine Satz kennzeichnet die ganze Unerblichkeit und Hinterlist der Christenmenschen. Sie pfeifen auf die Siebenerkommission, sind ihr keine Rechenschaft schuldig, ob schon sie nach wie vor ihre zwei Mitglieder in derselben sitzen haben. Daß die Eingabe an die Zechenverwaltungen nutzlos gewesen, wird in der Zuschrift wohlweislich verschwiegen. Der Mißerfolg wirkt wohl zu niederdrückend. Wir begreifen das.

Das „Reich“ hat an unsere gestrige Darstellung der christlichen Verräterei fünf Groschen Telegrammgebühren gewandt und sich außerdem in geistige Unkosten gefügt.

Eine durch keine Kenntnis der Sachlage getriebene Erwiderung auf unsere Darstellung leidet das Stöderblatt mit den Worten ein: „Wenn der „Vorwärts“ in grotesker Entrüstung gerät, ist allemal etwas faul im Staate Dänemark.“

Allerdings! Und zumeist im „christlichen“ Staate! Denn daß die Enthüllung etwa Faulkes innerhalb unserer Partei oder der freien Gewerkschaftsbewegung zu Tage treten ließe, werden die um Ehren-Stücker wohl niemanden glaubhaft machen können.

Das „Reich“ erzählt dann, es habe sich an den Vorsitzenden des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter gewandt und von diesem zur Antwort erhalten:

„Vorwärtsmeldung Schwindel. Räder.“
Wir können ebenso lakonisch antworten:
Räder-Telegramm Schwindel!

Berlin und Umgegend.

Zarfbewegung der Bauklemper.

Vor Eintritt in die für Freitag mittag angelegte Verhandlung des Einigungsamtes kam ein Vergleich zwischen den Vertretern der Parteien zustande, so daß ein Schiedsspruch nicht abgegeben werden brauchte. Nach dem Vergleich sind die strittigen Punkte so geregelt: Der Mindestlohn beträgt im ersten Jahre der Tarifdauer 70 Pf., im zweiten und im dritten Jahre 72½ Pf. pro Stunde. Jahrgeld wird vergütet bei Entfernungen von mehr als 3 Kilometer, die Jahrgeld wird bezahlt bei Entfernungen über 15 Kilometer. — Hiernach haben die Arbeiter von ihren ursprünglichen Lohnforderungen 2½ Pf. pro Stunde für das erste Jahr der Tarifdauer abgelassen, dafür sind ihre Forderungen betreffs der Jahrgeldentschädigung, die im alten Tarif erst bei einer Entfernung von 4 Kilometer eintrat, anerkannt worden. — Eine längere Debatte gab es in der Sitzung des Einigungsamtes darüber, für welchen Kreis von Arbeitgebern der anwesende Obermeister Berger den Vertrag zu unterzeichnen habe. Die Janung selbst will dem Vertrage nicht beitreten, weil nur ein kleiner Teil ihrer Mitglieder Bauklemper sind. Bezüglich der Arbeitgeberorganisation: Vereinigung der Bauklemper Berlins wird behauptet, daß auch sie außer Bauklempern noch andere Mitglieder habe. Die Janungsversammlung hatte den Obermeister ermächtigt, „für die Bauklemper Berlins“ zu unterzeichnen. Diese Formel konnte aber nicht einwandfrei gelten, da es auch Bauklemper gibt, die der Janung nicht angehören. Schließlich einigte man sich auf die Formel: Die Unterschrift des Obermeisters Berger gilt für diejenigen Mitglieder der Janung und der Vereinigung, welche Klemper auf und für Bouten beschäftigen. — Die Vertreter der Arbeiter legen den Vergleich erst einer Versammlung zur Beschlußfassung vor.

Deutsches Reich.

Bekanntmachung der Geschäfts-Kommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften.

Der 7. Kongress findet am 16., 17., 18. und 19. April in Berlin, Moabiters Gesellschaftshaus (Inhaber: S. Peters), Wictestr. 42 statt. Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Konstituierung des Kongresses.
(Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate.)
2. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht.
 - a) Bericht des Vorsitzenden.
 - b) Bericht des Kassierers.
 - c) Bericht über die Presse.
 - d) Bericht der Redaktoren.
3. Bericht vom Internationalen Sozialistenkongress in Amsterdam.
4. Ergänzung und Erweiterung des Programms der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften.
5. Wahl der Geschäfts-Kommission.
6. Erledigung besonderer eingegangener Anträge.

Wir ersuchen nun alle, unserer Zentralisation angeschlossenen Genossen, zum Kongress und dessen Tagesordnung Stellung zu nehmen, wie auch ihre Delegierten zu wählen.

Der Kongress wird am 16. April, nachmittags 5 Uhr eröffnet. Die Genossen, die Wohnung bedürfen, haben sich mindestens bis eine Woche vor Statfinden des Kongresses an den Genossen

Otto Schneyer,

Berlin N. 28, Loryingstraße Nr. 35, vorn III zu wenden.

Die Geschäfts-Kommission. J. A.: Fris Käter.

Die Bittelobons

vom letzten Bergarbeiterstreik im Ruhrreviere spielen noch immer eine große Rolle in der öffentlichen Diskussion. Seit dem Vergleich im Prozeß Effert gegen Leimpeters wird der „Vergnappen“, das Organ des Christlichen Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter, frech und tut so, als stühe der Gewerkschaftsverein engknein da. Und dann stellt er die Frage: Haben die Verbändler in den und den Daten (z. B. Dortmund) keine Bittelobons bekommen? Wie harmlos doch die Frage klingt und so unschuldsvoll. So ganz geeignet, gewisse Leute, die nicht alle werden, zu überführen. Wie liegt denn nun in Wirklichkeit gerade der Fall in Dortmund? Dem dortigen Streikbureau sind keine Bittelobons überwiesen worden. Aber die Christlichen in Dortmund haben sie in Händen gehabt. Hinter dem Rücken des Streikbureaus traten sie an die Verbändler heran und sagten, die Bittelobons seien nur für die Christlichen bestimmt. Und den Verbändlern verlangten sie die Bittelobons ab mit dem Bemerkten, beim Uebertritt zum Christlichen Gewerkschaftsverein würden auch sie Bittelobons bekommen. So liegt die Sache und nicht anders. Und da ermahnt der „Vergnappen“ die „ehrlichen und friedliebenden Verbändler“, endlich die Fächer zur Käson zu bringen. — Heuchler! —

Die Glasbüttenarbeiter der Firma Reppert in Friedrichshagen sind, wie aus St. Johann gemeldet wird, wegen Lohn-differenzen in einer Zahl von 102 Personen in den Ausstand getreten.

Ungarn.

Der ungarische Eisenbahnverband entwickelt sich in bester Weise. Auf einer Konferenz, die dieser Tage in Budapest abgehalten wurde, waren 175 Delegierte aus 68 Orten, außerdem 77 Delegierte aller Dienstzweige aus Budapest vertreten. Bald nach dem großen Eisenbahnstreik wurde ein Verband gegründet, der unter dem Patronat des damaligen Handelsministers stand und zu diesem Zeitpunkt höhere Beamte „berufen“ wurden. Bei den Mitgliedern brach sich jedoch bald die Erkenntnis Bahn, daß ein solcher Verband ihre Interessen nicht fördern könne. Die Angestellten und Arbeiter der Staatsbahnen faßten deswegen den Beschluß, sich selbständig zu organisieren. Obwohl der Handelsminister die Bestätigung hierzu erteilte, ist die Genehmigung der Statuten bis jetzt noch nicht erfolgt. Die Konferenz erklärte durch die Annahme einer Resolution, daß sie an der selbstgeschaffenen, nunmehr erstarrten Organisation festhalte. Sodann wurden Beschlüsse gefaßt zur Frage der Pensionsberechtigung des Umlands und der Disziplinargerichte. Es wurde gefordert, daß die Pensionsberechtigung nach dreijähriger Dienstzeit einzutreten habe. In einer Denkschrift soll der Handelsminister um Verbesserung der Arbeitsbedingungen ersucht werden. Beim Punkt Fachpresse wurde beschlossen, bis zur Genehmigung der Statuten sei als Mitglied der Organisation zu betrachten, wer das Eisenbahnerblatt abonniert.

Der neue Verband niederländischer Gewerkschaften wird am 2. und 3. April in Amsterdam seinen ersten allgemeinen Kongress abhalten, der sich unter anderem auch mit der Frage des Anschlusses an das Internationale Sekretariat befaßt soll. Die dem Verband angehörenden Gewerkschaften haben jetzt zusammen 19 046 Mitglieder.

Som drohenden Kohlengräberstreik in Amerika.

Die „Frankf. Zig.“ berichtet, daß John Mitchell in einer Versammlung der Bergarbeiter zu einer Haltung des Entgegenkommens gegen die Zechenbesitzer rief. — Welche Ursachen Mitchell zu dieser Fatale veranlassen, kann man natürlich aus der Ferne nicht beurteilen.

Verfassungen.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes (Verwaltungsstelle Berlin) füllte am Sonntag den großen Saal der „Neuen Welt“. Man verhandelte über die Regelung der Gehälter der Berliner Verbandssangestellten. Gemäß den Wünschen der Angestellten hat die Ortsverwaltung eine Vorlage ausgearbeitet. Sie beschloß einstimmig, folgende Regelung vorzuschlagen: Für die verantwortlichen Beamten, das heißt für den zweiten Bevollmächtigten, für den ersten und zweiten Kassierer und für den Obmann der Schlichtungskommission (Nach) ist das Grundgehalt auf 2000 Mark festzusetzen. Es steigt jährlich um 90 Mark bis zum Höchstbetrage von 2500 Mark. Für die Hilfsarbeiter ist das Grundgehalt auf 1800 Mark, das Höchstgehalt auf 2400 Mark festzusetzen; die Steigerungen erfolgen hier in Raten von je 120 Mark in den ersten beiden Jahren und dann jährlich in solchen von je 90 Mark. — Namens der Verwaltung begründete der erste Bevollmächtigte Th. Glöde den Antrag unter Würdigung aller einschlägigen Verhältnisse. — Es entspann sich eine äußerst lebhaft und lange Diskussion. Eine Anzahl Redner, namentlich Treu, auf den sich andere dann zustimmend bezogen, sprachen sich gegen die Vorlage aus. Treu betonte, daß nach seinem Gefühl sich die Angestellten als Angehörige einer Beamtenklasse fühlten und nicht als Berufskollegen. Er empfehle Vorsicht angesichts der in den Gewerkschaften und in der Partei hervortretenden Tendenz, eine Beamtenhierarchie großzuziehen. Der Verband würde seine sozialen Verpflichtungen in vollster Maße erfüllen, wenn er den Angestellten ein Existenzminimum gewähre durch gleichmäßige Festsetzung eines Gehalts von 2000 Mark für alle ohne weitere Steigerung. Spesen könnten extra vergütet werden. — Der in diesen Ausführungen zum Ausdruck kommenden Auffassung trat ein Redner, der vorhergehend Angestellter war, entgegen. Er stellte fest, daß er als Gewerkschaftsbeamter bei den eigenartigen Verhältnissen weniger für seine Familie übrig gehabt habe, als wie als Tischlergeselle. — Ein anderer Redner erklärte, daß sich hier nach den Ausführungen der Gegner der Vorlage und dem Verhalten der Versammelten dazu wieder einmal gezeigt habe, daß die Arbeiter die schlechtesten Arbeitsgeber seien, die sie denken können. (Großer Lärm.) — Nach Konstatierung, daß er als Obmann der Schlichtungskommission in so und so vielen Fällen bei Unternehmern habe vermitteln eingreifen müssen, um höhere Preise für Kollegen zu erzielen, deren Verdienste über sein Gehalt bereits hinausgingen. Jetzt nach neunjähriger Tätigkeit habe er 2000 Mark. Es sei nun ihm zuzugestimmt worden: „Wenn es Dir nicht paßt, kannst Du ja gehen!“ Das sei so die rechte Unternehmernmanner, wie sie so oft hervortrete. — Siegfried weist es mit großer Entschiedenheit als eine Beleidigung zurück, daß man hier Leute, die schon zum Teil 15 Jahre in der Organisation tätig seien, unterziehe, sie fühlten sich als besondere Beamtenklasse. Im übrigen handele es sich bei der Vorlage zunächst nur um eine Gehaltserhöhung von 2 Mark pro Woche. Das Höchstgehalt lasse sich erst in acht bis neun Jahren erreichen. Redner wird von sich häufenden Schlußrufen unterbrochen, die sich stärker werdend, immer wiederholen, als er die Wünsche der Angestellten näher begründen will. Er muß schließlich unter großem Lärm davon Abstand nehmen.

Th. Glöde wandte sich in seinem Schlußwort energisch gegen die Art der Behandlung der strittigen Frage, wie sie hier hervorgetreten sei, und bat um wohlwollende Prüfung der Wünsche der Angestellten, indem er die Vorlage noch einmal empfahl.

Außer der Vorlage der Verwaltung und dem Antrag Treu (2000 Mark fest für alle) lag noch ein Antrag Guderjan vor, die Vorlage der Verwaltung bezüglich der verantwortlichen Beamten anzunehmen, die anderen aber auf 2000 Mark fest zu stellen. — Nach einer Abstimmung, die zweifelhaft blieb, wurde Urabstimmung beschlossen. In der Zentralvertrauensmännerversammlung wird das Material ausgegeben.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden verliert.

Die Berliner Verwaltungsstelle des Zentralverbandes der Schmiede hielt am Donnerstag in den „Muster-Sälen“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurde die Wahl von 15 Delegierten zu dem am 18. Mai in Berlin stattfindenden Verbandstag vorgenommen. Hierbei beschloß die Versammlung, sämtlichen Delegierten ein gebundenes Mandat gegen die Einführung der Erwerbslosenunterstützung zu geben. Siering machte sodann einige Mitteilungen über die gegenwärtige Lohnbewegung in den Berliner Wagenfabriken. Außer den Schmieden sind hieran auch die Organisationen der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Maler und Sattler beteiligt. Die Schmiede fordern eine allgemeine 10prozentige Lohnerhöhung unter Festlegung der Minimallohne für Schürmeister auf 70 Pf., für Heilbänder auf 68 Pf. und für Stodgesellen auf 60 Pf. pro Stunde; außerdem wird die Einführung der 52stündigen Wochenarbeitszeit verlangt. Von den Fabrikanten haben bisher nur zwei geantwortet, und es steht zu erwarten, daß es demnächst in den meisten dieser Betriebe zum Streik kommt. Das Weitere hierüber wird in den nächsten Tagen beschlossen werden. — Von der Diskussion über den Jahresbericht der Ortsverwaltung und der Anleitung nahm die Versammlung der vorgerückten Zeit halber Abstand. Aus dem gebrauchten Bericht geht hervor, daß die Zahlstelle Berlin jetzt 3000 Mitglieder stark ist. Die Einnahmen der Hauptkasse beliefen sich auf 49 285 Mark, die Ausgaben dagegen auf 49 224,78 Mark. Die Lokalkasse erzielte eine Einnahme von 22 228,94 Mark, veranlagte 18 784,30 Mark für Streiks und Ausperrungen sind im verflohenen Jahre insgesamt rund 21 000 Mark aufgewendet worden. An Arbeitslosenunterstützung wurden 3000 Mark gezahlt. Das Vermögen der Zahlstelle betrug am Jahresschluß 14 039,64 Mark. Die Agitationsstätigkeit in Berlin sowohl wie auch im Gau war eine recht intensive. Jedoch sind die Erfolge in den Ostprovinzen infolge der Indifferenz der dortigen Gesellen nur sehr minimale. Gibt es doch in Orten wie Posen, Bromberg, Culm, Thorn usw. noch Wochenlöhne von 3—4 Mark bei Genüßung von Kost und Logis. Wird Kost und Logis nicht vom Meister gewährt, so beträgt der Lohn 12 bis höchstens 16 Mark! Wie mag es da mit den Lohnverhältnissen erst auf den Dörfern und in den kleinen Landstädten bestellt sein! Im ganzen Gau bestehen gegenwärtig 22 Zahlstellen mit 3049 Mitgliedern.

Zum Schluß nahm die Versammlung eine Resolution an, in der energisch dagegen protestiert wird, daß der Metallarbeiterverband zu demselben Tage eine Schmiedeversammlung einberufen hatte, an dem diese Versammlung des Schmiedeverbandes stattfand. Es wurde allgemein angenommen, daß dies Verhalten der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes nur dem Bestreben entsprungen sei, dem Schmiedeverband Mitglieder abspenstig zu machen, was angesichts der gegenwärtigen Lohnbewegung in den Wagenfabriken doppelt verurteilt werden müsse. In dieser Angelegenheit will sich die Zahlstellenleitung der Schmiede beschwerdeführend an den Ausschuss der Gewerkschaftskommission wenden. — Beschlossen wurde ferner, den Ausschussbeamten noch solange auf dem Bureau weiter zu beschäftigen, wie es die erweiterte Ortsverwaltung für notwendig hält.

Zentralverband der Töpfer. Die am Dienstag abgehaltene Mitgliederversammlung beschäftigte sich zunächst mit der Beratung eines Kontrollregulativs. Es handelt sich um eine Einrichtung der Berliner Filiale, welche der Kontrolle der Arbeitslosen dient zum Zweck der Freisetzung vom Beitrage für die Zeit der Arbeitslosigkeit. Nachdem diese Angelegenheit durch Annahme des Regulativs erledigt war, legte die Lohnkommission den Tarif für Chamottearbeiten vor, den sie mit der Meisterkommission vereinbart hatte. Hierzu wurde beschlossen, daß der Tarifentwurf erst den Vertrauensmännern vorgelegt werden soll. Eine längere Debatte entstand dann darüber, ob der Beschluß, im Winter nur bei verglasten Fenstern zu arbeiten, für dieses Jahr außer Kraft zu setzen sei. Angesichts der jetzigen ungünstigen Witterung war Neigung vorhanden, den Beschluß noch bis 1. April aufrechtzuerhalten. Die Versammlung entschied sich schließlich dahin, daß vom 15. März ab auch bei offenen Fenstern gearbeitet werden kann.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Einigungsversuche mit den Bergarbeitern.

Leus, 16. März. (W. T. V.) Die Versammlung der Bergwerksdirektoren und der Vertreter der Arbeiter ist auf Antrag der letzteren auf später vertagt worden, weil die Kandidaten der Ansicht sind, daß es nötig sei, morgen in Leus zu einem Kongress zusammenzutreten, der den Delegierten ein festes Mandat überträgt. Die Versammlung des Zentralausschusses der Kohlenbergwerke und der Vertreter der Arbeiter wird deshalb am Sonntag, und nicht morgen, in Paris abgehalten werden. Der Kongress wird wahrscheinlich ein viel bestimmteres Programm der Forderungen der Arbeiter ausarbeiten, als das gestern abend beschlossene ist.

Paris, 16. März. (W. T. V.) Der frühere Präsident der Republik Casimir Perier hat seine Vermittelung zwischen den streikenden Bergarbeitern und den Grubendirektoren angeboten. Man hofft, daß es zu einer Einigung kommen wird.

Zur Grubenkatastrophe.

Leus, 16. März. (W. T. V.) Nach Ansicht der Ingenieure wird es doch noch notwendig sein, einen Teil der Grube II unter Wasser zu setzen, um das Feuer zu löschen.

Attentat auf zwei Polizisten.

Warschau, 16. März. (W. T. V.) Heute wurden hier zwei Polizisten auf der Straße erschossen. Die Täter sind entkommen.

Vorbereitungen der Reaktion.

Probošja, 16. März. (Pet. Tel.-Agent.) Der „Arinboite“ meldet, daß in Voraussicht neuer Zustände auf der Linie Senatspolizisten auf der Station Simeonoff ein Halbzug von 23 Wagen mit zwei Kanonen und drei Mitrailleurkanonen erwartet wird.

Die neue „liberale“ Politik.

Wina, 16. März. (Pet. Tel.-Agent.) Der Generalgouverneur hat, da er die Tätigkeit der von dem Bischof Baron Rapp gegründeten konstitutionellen Katholikenpartei für unvereinbar mit der Regierungspolitik erachtet, deren Versammlungen verboten.

Zum Tode verurteilt.

Saratow, 16. März. (Pet. Tel.-Agent.) Die Frau, die den General Sacharow ermordete, ist zum Tode durch den Strang verurteilt worden. Der Gerichtshof empfahl die Verurteilte zur Vergnädigung zu lebenslänglicher Zwangsarbeit.

Gefangenenervolte.

Saslow (Wolynien), 16. März. (Pet. Tel.-Agent.) Die Inhaftierten des Kriegsgefängnisses riefen Unruhen hervor, die jedoch durch Truppen unterdrückt wurden.

Reichstag.

67. Sitzung vom Freitag, den 16. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundsratsitz: Prinz Hohenlohe. Der fünfte Nachtragsetat zum Reichshaushalt wird in dritter Lesung ohne Beratung angenommen.

Hierauf wird die Debatte über den dritten Nachtragsetat für die Schutzgebiete (Deutsch-Ostafrika) fortgesetzt. Abg. Schrader (fr. Bg.) bemerkt gegenüber dem Abg. Dr. Spahn, daß das Recht, Beamten zu ernennen bzw. zu pensionieren, kein persönliches Recht des Monarchen ist...

Abg. Schwarze-Lippstadt (Z.) wendet sich gegen die Bevorzugung des mohammedanischen Elements in den Kolonien. Des Weiteren spricht sich Redner gegen den Affektorismus in der Verwaltung der Kolonien und für eine bessere Vorbildung der Beamten aus.

Stellvertretender Kolonialdirektor Prinz Hohenlohe: In Bezug auf die Klagen über die Kolonialbeamten möchte ich hervorheben, daß wir sie jetzt nicht mehr lediglich aus den so viel verurteilten Affektoristen nehmen, sondern von Jahr zu Jahr mehr Ärzte und Landwirte anstellen, die mit den Verhältnissen vertraut sind.

Abg. Rospf (fr. Bp.): Die gestrige Rede des Abg. Dr. Arendt, die ja zunehmende Heiterkeit erregt, erinnert lebhaft an die Agitation des Flottenvereins, von der ja gestern im Abgeordnetenhaus die Rede war.

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Die Auswanderung aus Deutschland war am stärksten unter der Herrschaft der Coprivischen Freihandelsverträge. (Stürmische Heiterkeit links.) Ganz ungerechtfertigt ist der Vorwurf des Abg. Ledebour, daß ich selbst 1901 Peters preisgegeben hätte.

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Die Auswanderung aus Deutschland war am stärksten unter der Herrschaft der Coprivischen Freihandelsverträge. (Stürmische Heiterkeit links.) Ganz ungerechtfertigt ist der Vorwurf des Abg. Ledebour, daß ich selbst 1901 Peters preisgegeben hätte.

Abg. Hagemann (natl.): Die Kolonien entwickeln in der Tat Baumwolle und z. B. in Togo Kautschuk in eingeborenen Kultur, nicht im Plantagenbau.

Abg. Ledebour (Soz.): Ich habe mich mit den Ausführungen verschiedener der Herren Redner zu befassen. Der Abg. Dr. Arendt hielt gestern eine Rehabilitation Peters für notwendig und vernünftig.

Ähnliche Anstrengungen machte, und habe erklärt, daß er sich ständig bemühe, seinen Freund Peters zu rehabilitieren. Dies will Dr. Arendt nun in Abrede stellen. (Abg. Dr. Arendt: Durchaus nicht, ich habe es doch vorgelesen!) Darauf kam es doch allein an, daß Sie unablässig daran arbeiten, den Dr. Peters in der öffentlichen Meinung Deutschlands wieder herzustellen.

Ich habe die Kunstfertigkeit des Herrn Spahn bewundert, mit der er es verstand, den Präsidenten nicht merken zu lassen, daß er in der persönlichen Bemerkung sachlich erwiderte. Herr Spahn bestritt, daß er dem Reichstag überhaupt das Recht aberkennen wollte, sich mit den Verhältnissen einzelner Beamten zu befassen.

Auf meine Bemerkungen über die Stellung des Zentrums zu den Regierungsschulen hat der Abg. Erzberger geantwortet, daß sie ja auch in Preußen-Deutschland überall gegen die Simultanfächer eintreten. Die Zentrumspartei ist in der Tat konsequent geblieben; aber ihre Anschauungen sind in einem Falle so falsch wie in anderen.

Herr Erzberger mahnte wiederholt dringend, nur verheiratete Beamte in die Kolonien zu schicken, und der Kolonialdirektor versprach, darauf hinzuwirken. Aber die Forderung des Abg. Erzberger, aus so achtenswerten moralischen Gründen sie an sich heranzuführen, ist absolut undurchführbar, weil das Tropenklima für die weißen Frauen geradezu verderblich ist.

Die Auswanderungsfrage gestreift worden. Es ist erstaunlich, daß deutsche Reichstagsabgeordnete noch so naiv sein können, diese Kolonien, die wir haben, als Auswanderungsgebiet für deutsche Bauern und deutsche Arbeiter anzusehen.

zu; wir sind die schärfsten Gegner der Plantagenausbeutung, und gerade uns den Vaterlandslosen Gesellen, ist es zu verdanken, daß einige 1000 Quadratmeter Landes den habgierigen Klauen einer Gesellschaft entrissen und den Eingeborenen zur Kultivierung überlassen wurden.

Abg. Dr. Bagemann (Z.) protestiert gegen die Behauptung des Abg. Ledebour, daß das afrikanische Klima für Frauen ungünstiger sein soll als für Männer.

Abg. Dr. Bagemann (Z.) protestiert gegen die Behauptung des Abg. Ledebour, daß das afrikanische Klima für Frauen ungünstiger sein soll als für Männer.

Abg. Dr. Bagemann (Z.) protestiert gegen die Behauptung des Abg. Ledebour, daß das afrikanische Klima für Frauen ungünstiger sein soll als für Männer.

Bei den „Einmaligen Ausgaben“ wird folgende Resolution angenommen: Der Reichskanzler möge veranlassen: Daß die mit den deutschen Kolonien verkehrenden deutschen Passagierschiffe Schiffsärzte an Bord führen, die eine praktische Vorbildung in der Erkennung und Behandlung von Tropenkrankheiten und bezüglich der Schiffshygiene durchgemacht haben, sowie daß solche Schiffe eine Ausrüstung zu mikroskopischen Untersuchungen an Bord haben, die den Schiffsärzten die Erkennung der Tropenkrankheiten, insbesondere der Malaria durch mikroskopische Untersuchung ermöglicht;

Es folgt die zweite Beratung des viersten Nachtragsetats für Südwestafrika in Höhe von 10 600 000 M. Der Etat wird ohne Debatte bewilligt. Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr. (Kolonialetat. Garantie des Reiches für eine Bahn Duala-Rangvuda.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Annahme der Biersteuer.

Der Finanzreformkommission lag gestern ein neuer Antrag zu § 5a der Vorlage vor. Der von Dr. Becker eingebrachte, von den Konservativen, Nationalliberalen und dem Zentrum (außer Müller-Fulda) unterschriebene Antrag schlägt eine von dem Kommissionsbeschluss etwas abweichende Staffelung vor.

Nachdem Dietrich diesen Antrag als das weitgehendste Entgegenkommen der Vorlage gegenüber bezeichnet, da hierdurch die circa 26 Millionen nach den Kommissionsbeschlüssen erster Lesung sich auf etwa 30-31 Millionen erhöhen würden, erklärt Müller-Fulda, daß er auf Grund schwerwiegender Bedenken nicht mitmache.

Auf Antrag Sved hat die Kommission in erster Lesung folgenden § 5a neu beschloffen: „Bei der Einfuhr von Bier aus anderen deutschen Bundesstaaten in den Geltungsbereich des gegenwärtigen Gesetzes wird

nach den näheren Bestimmungen des Bundesrats eine Uebergangsabgabe erhoben, welche den Betrag von 2 Mark für 1 Hektoliter nicht überschreiten darf." Dabur sollte verhindert werden, daß die der Norddeutschen Brauereigemeinschaft angehörenden Bundesstaaten nicht etwa nach Inkrafttreten des neuen Brauereigesetzes für süddeutsche Biere die Uebergangsabgabe demnach erhöhen, daß deren Einfuhr, wenn auch nicht ganz unmöglich gemacht, so doch bedeutend verteuert wird. Da nun der Staatssekretär im Namen der Regierung eine nach dieser Richtung hin bindende Erklärung abgibt, erscheint dies der Richtigkeit der Kommission genügend, um die Bestimmung als überflüssig erscheinen zu lassen. Sie wird gestrichen.

Die gesamte Vorlage wird ohne weitere Änderungen nach den Kommissionsbeschläßen in erster Lesung angenommen.

Am Dienstag beginnt die zweite Lesung der Tabak- und Zigarettensteuervorlage.

Reitschulen, Unteroffizierskasernen, Militärgebäude, Arbeiterwohnungen, Truppenübungsplatz in Thüringen.

Vier Reitschulen, zur besseren Ausbildung junger Kavallerieoffiziere und -Fähnleuten im Reiten, fordert der Militärstat. Die Budgetkommission lehnte gestern drei Schulen ab und bewilligte nur eine für Paderborn als Versuchsschule. Am bewilligungslustigsten war Herr Müller-Sogau (fr. W.), der sich allmählich zu einem eifrigen freiwilligen wie Regierungskommissar für Militärausgaben entwickelt hat. Die Unteroffizierskasernen in Elbeh- und Thüringen erhalten eine Ertragszulage, die monatlich 3 M. für den Unteroffizier, 3 M. für seine Frau und 2 M. für jedes Kind beträgt. Die Gesamtausgabe für diese Zulage ist für den Etat 1906 auf 452 264 M. veranschlagt. Von Interesse sind die Regierungsmittelungen, daß nur 2,7 Proz. der Unteroffiziere in den Reichslanden Eingeborene sind. Die wiedergewonnenen Brüder scheinen demnach von der deutschen Kommissionsbahn nicht sonderlich erbaut zu sein. Für Vergrößerung des Generallstabgebäudes in Berlin wurden zum Ankauf zweier Häuser in der Volkstrasse bezw. Kronprinzener 1 320 000 M. bewilligt. Einschließlich der Gebäude wurde der Quadratmeter mit 848 M. bezahlt. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Genossen Singer erläuterte Generalmajor Gallwitz die von der Militärverwaltung beobachteten Grundstücke beim Ankauf von Grundstücken. Für einen in Thüringen (Ohrdruf) zu errichtenden Truppenübungsplatz für das 11. Armeekorps werden 11 Millionen Mark gefordert. Die Kommission bewilligte den auf den Etat für 1906 fallenden Teilbetrag; desgleichen 16,1 Millionen zur Schaffung einer Reserve für Feldartilleriematerial. Von 1897/98 bis 1905 sind insgesamt für diesen Zweck 128,3 Millionen verausgabt worden. In Dasselhorst bei Spandau sollen 500 Arbeiterwohnungen errichtet werden. Auf Wunsch des Genossen Singer legte die Militärverwaltung die Mietverträge vor und versprach in einer Denkschrift genauere Auskunft zu geben. Für Festungsbauten wurden 16,4 Millionen bewilligt, im Vorjahre 16,7 Millionen. Ueber die zum Teil wenig oder gar nicht benutzten militärischen Grundstücke in Berlin entspann sich eine längere Diskussion, in der Abg. Singer die von der Regierung gepflegte Praxis, diese Grundstücke nicht zu verkaufen, sondern für fiskalische Bauten oder zum geeigneten Umtausch bereit zu halten, gut hieß; weil andernfalls nur die Privatpekulation den Nutzen haben würde und die Regierung unter Umständen sehr teuer andere Grundstücke erwerben müßte. — Die Weiterberatung des Militärstats wurde auf Dienstag vertagt.

Die Wahl Helld beanstandet, Büfings Wahl für gültig erklärt.

Bei der Wahl des Abgeordneten Helld (natl.) im hannoverschen Wahlkreis Verden-Hoya sollen nach den Behauptungen eines Wahlprotestes schwerwiegende Beeinträchtigungen vorgekommen sein, die die Kandidatur Hellds als eine offizielle erscheinen ließen. Die Wahlprüfungskommission hat deshalb Beweiserhebungen über die Wahlbehauptungen und die Beanstandung der Wahl Hellds empfohlen. Der Bericht für das Plenum wurde gestern festgesetzt.

Bei der Festsetzung des Berichts über die Wahl Büfings (natl.), Wahlkreis Schwelm-Bismar, stellte sich heraus, daß nach genauerer Berechnung Büfing 4 Stimmen irrtümlich abgezogen worden seien, so daß ihm 3 Stimmen Mehrheit verbleiben und er mit dieser Stimmenmehrheit in die Stichwahl kommen mußte. Die Kommission beschloß deshalb, entgegen ihrem neulichen Beschluß die Gültigkeit der Wahl Büfings dem Plenum vorzuschlagen.

Ob diese Dreimännerwahl bei nochmaliger Wahlprüfungsartemittel sich fest bleibt, steht dahin.

Aus der Partei.

Schiller vor der Strafkammer.

Die Strafkammer in Halle verurteilte am 16. März 1906 den Redakteur Däumig am Haller „Vollblatt" zu drei Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate beantragt. Genosse Däumig soll durch einen am 3. Februar unter der Spitzmarke: „Hamburgs Fall" veröffentlichten Leitartikel in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegen einander öffentlich angereizt haben. Der Staatsanwalt findet es aufreizend, daß in dem Artikel gesagt worden war, der Wahlrechtsraub in Hamburg konnte nur geschehen, weil die gepanzerte preussische Macht dahinter stand. Besonders aufreizend empfunden wird das am Schlusse des Artikels angeführte Zitat des Reiterliedes von Schiller aus Wallensteins Lager: „Und sehet Ihr nicht das Leben ein, nie wird Euch das Leben gewonnen sein." Das hat Schiller sich wohl nicht träumen lassen.

Vollmars Abstimmung.

Die „Mindh. Post" nimmt nun auch vom Fall Vollmar Stellung. Wir hatten unsere erste Notiz darüber überschrieben: „Ein neues bayerisches Referat". Unser Münchener Parteiblatt belehrt uns: „Der „Vorwärts" irrt; die Feldzeugmeisterei ist kein neues bayerisches „Referat", sondern die L. B. Rachefferei einer in Berlin und Dresden schon bestehenden Einrichtung."

Das haben wir trotz unserer Ignoranz in militärischen Dingen auch gewußt. Aber die Abgabe einer sozialdemokratischen Stimme für militärische Forderungen ist noch bayerisches Referat und glücklicherweise nicht die „Rachefferei einer in Berlin und Dresden schon bestehenden Einrichtung." Das Verhalten Vollmars zur Kenntnis zu bringen, nicht auf Erörterungen über die so völlig gleichgültige Bedeutung der Lgl. bayerischen Feldzeugmeisterei, kam es uns an.

Sachlich gibt die „Mindh. Post" folgende Darstellung der Angelegenheit:

„Das Postulat war von der Zentrumsmehrheit und unserer Fraktion schon einmal abgelehnt worden. Die Reichstagskammer aber hatte es natürlich genehmigt und so kam der Finanzauschuß noch einmal in die Lage, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Hier verlangten die zum Umtausch bereiten Zentrumskräfte eine besser begründete Denkschrift wie die erste, um sich über die eigentlichen Aufgaben des geforderten Instituts genauer unterrichten zu können. Der Kriegsminister gab diese nähere Begründung, in der auch — es handelt sich bei der ganzen Geschichte um die Zusammenfassung der technischen Institute — auf die für die Arbeiter günstigeren Verhältnisse der Militärwerkstätten hingewiesen wurde. Dieser Umstand war es, der Vollmar vornehmlich veranlaßte, jetzt im Anschluß auch dem vom Militärstat losgelösten Antrage beizustimmen. Da die Abstimmung ihrer Ausschussmitglieder nie bindend war für unsere Landtagsfraktion,

beschäftigte diese sich auch im vorliegenden Falle vor der Plenarberatung mit der Sache und kam zur Ansicht, daß die von der Regierung geltend gemachten Gründe nicht hinreichend seien, um ein zustimmendes Votum im Plenum zu veranlassen. Die in der einschlägigen Sitzung anwesenden Fraktionsmitglieder stimmten dann auch gegen die Feldzeugmeisterei."

Nach dieser Erklärung ist anscheinend die Differenz zwischen Vollmar und den übrigen Fraktionsmitgliedern nicht besonders groß. Die Fraktion konnte über ihre Stellungnahme noch nicht diskutieren und lehnte nur ab, sich auf Vollmars Standpunkt zu stellen, weil die von der Regierung geltend gemachten Gründe nicht hinreichend seien, um ein zustimmendes Votum im Plenum zu veranlassen.

Wieder ein bayerisches Referat. In Berlin und Dresden kennt man innerhalb der Partei bei Militärforderungen nur die Parole:

Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!

Ein Telegramm meldet:

Kärnberg, 16. März. Der hiesige sozialdemokratische Verein beschloß, die Abgeordneten v. Vollmar und Segitz aufzufordern, ihn über ihre Abstimmung über die Forderung der Feldzeugmeisterei aufzuklären.

Boykottersfolg. Nunmehr haben auch verschiedene Saalbesitzer in Dresden die Erklärung abgegeben, daß sie ihre Lokale der Partei und den Gewerkschaften zur Verfügung stellen. Wie wird die Polizei sich — freuen!

Genosse Bloß, bisher leitender Redakteur der „Sächs. Arb.-Ztg.", ist dort ausgeschieden und tritt in den nächsten Tagen in die Redaktion des „Vorwärts" ein. Die „Sächs. Arb.-Ztg." widmet ihrem scheidenden Redakteur Worte der Anerkennung und gibt der von uns geteilten Ansicht Ausdruck, er werde „sicher auf dem neuen Posten, auf den ihn der Parteivorstand und die Berliner Genossen gestellt, in gleicher Weise" wie bisher, „zum Besten der Arbeiterbewegung seine bewährte Kraft einbringen". Die Leitung der „Sächs. Arb.-Ztg." übernimmt Genosse Dr. Gradnauer, außerdem tritt als hiesiger Redakteur Genosse R. Grösch in die Redaktion unseres Dresdener Bruderorgans ein.

Ein „Sturm"! Zu der am 20. März in Dresden stattfindenden Gauversammlung des Buchdruckerverbandes haben ein Herr Stöhr und 25 andere Verbandmitglieder folgenden Antrag gestellt:

„Stellungnahme der Dresdener Gaumitglieder zu den Angriffen der „Sächsischen Arbeiterzeitung" gegen den Kollegen Rexhäuser im besonderen und gegen den „Korrespondent" und die Buchdrucker im allgemeinen."

Wir werden nicht verfehlen, über das Schicksal dieses Antrages unsere Leser zu unterrichten.

Auch das noch!

Die gestern im „Vorwärts" veröffentlichten Berichte des so kläglich genährten Polizeischwammes Hemler haben Anfragen von Genossen veranlaßt, was denn von den in jenen Berichten behaupteten Vorgängen richtig sei. Darauf teilt uns Genosse Wedel mit, daß von den mitgeteilten Tatsachen nur richtig sei, was Hemler aus den Berichten des „Peuple" und den vom Internationalen sozialistischen Bureau veröffentlichten Berichten entnommen habe. Alles andere sei falsch. Das Berliner Polizeipräsidium konnte sich diese Informationen verschaffen, ohne einen Pfennig Geld aufzuwenden.

Falsch sei in den Angaben Hemlers z. B., daß zwischen Jaureß und Wedel Differenzen zutage getreten seien; falsch sei die Angabe, daß das Internationale sozialistische Bureau 400 000 Franken, welche die belgische Arbeiterpartei gespendet, für Gründung eines Archivs verwendet habe; falsch seien sämtliche Angaben über die angeblich dem Internationalen sozialistischen Bureau von den verschiedenen Nationen abgelieferten Gelder für die russische Revolution; falsch seien ferner die Angaben über die Gründe, die Wedel veranlaßt haben sollten, in der Versammlung am Sonntagabend nicht zu sprechen.

Landratswahl. Wie uns aus München telegraphiert wird, wurden bei der vom Gemeindefollegium und Magistrat vorgenommenen Wahl der Landräte und Erschleute auch Genosse Dr. Lehmann als Landrat und Genosse Raith als Erschleuter gewählt.

Zwei Sitze verloren. Nicht in Halle, wie es in der gestrigen Notiz heißt, sondern in Rietleben haben wir bei der Gemeinderatswahl zwei Sitze verloren.

Soziales.

Die Fabrikpflegerin.

Eine Gruppe bürgerlicher Frauen, vertreten durch den Berliner Frauenverein, bemüht sich, solche Fabrikanten, die ausschließlich oder vorwiegend weibliche Arbeitskräfte beschäftigen, zur Anstellung einer Fabrikpflegerin zu bewegen. Der Gedanke, welcher dieser Forderung des Berliner Frauenvereins zugrunde liegt, ist der: In der Regel sind die Fabrikarbeiterinnen männlichen Aufsichtspersonen, Meistern, Werkführern usw. unterstellt. Immer häufiger werden die Klagen über Belästigungen der Arbeiterinnen durch ihre männlichen Vorgesetzten, über ungerechte Bevorzugung solcher Arbeiterinnen, die unmoralischen Anforderungen der Vorgesetzten Gehör schenken, und Jurisdiktion der moralisch standhaften Mädchen. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, wäre es wünschenswert, daß an die Stelle der männlichen Werkmeister, Aufseher usw. verständige, einsichtsvolle Frauen treten. Wo aber männliche Werkmeister aus betriebstechnischen Gründen nicht entbehrt werden können, da soll neben denselben eine gebildete weibliche Aufsichtsperson ihres Amtes als Fabrikpflegerin walten.

Soweit ist ja der Gedanke, welcher der vom Berliner Frauenverein befürworteten Einrichtung zugrunde liegt, ein guter. Wenn die Fabrikpflegerin eine Vertrauensperson der Arbeiterinnen sein soll, oder auch nur eine Mittelsperson, die zwischen den Arbeiterinnen und der Fabrikleitung steht und ernstlich bestrbt ist, gewisse Mißstände zu beseitigen, die sich aus dem Arbeitsverhältnis und aus den Einrichtungen des Betriebes ergeben, dann kann die Fabrikpflegerin eine für alle Arbeiterinnen des Betriebes nützbringende Tätigkeit entfalten. Sie kann so in beschränktem Rahmen eine kleine soziale Aufgabe lösen. Aber, wenn sich bürgerliche Frauen auf das Gebiet der sozialen Tätigkeit begeben, dann kommt meistens nur eine Arbeit von sehr zweifelhaftem Wert zustande. Diese Ansicht findet ihre volle Bestätigung durch das, was wir am Donnerstag in einer Sitzung des Berliner Frauenvereins über die praktische Tätigkeit einer Fabrikpflegerin im Habelwert Oberspreewald hörten.

Fraulein Hedwig Benede waltet seit dem 1. Oktober 1900 als Fabrikpflegerin im Habelwert Oberspreewald ihres Amtes. Sie gab in der genannten Sitzung einen Bericht über ihre seitberigen Leistungen. Was auf Veranlassung der Fabrikpflegerin im Betriebe selbst zugunsten der Arbeiterinnen verbessert wurde, ist kaum nennenswert. Auf ihren Antrag ist ein Garderobentraum vergrößert, an einigen Stellen, wo die Arbeiterinnen durch Zugluft zu leiden hatten, sind Windfänge angebracht, und eine Säubvorrichtung, die so schmerzhaft war, daß sich die Arbeiterinnen die Weider daran zerrißen, ist verbessert worden. Das ist alles, was an Verbesserungen im Betriebe auf die mehr als fünfjährige Tätigkeit der Fabrikpflegerin zurückzuführen ist. Ob im übrigen die Arbeitsverhältnisse im Habelwert Oberspreewald in jeder Hinsicht so günstig sind, daß die Arbeiterinnen keine Verbesserungen wünschen, sagte Fraulein Benede nicht. Viel hatte sie dagegen zu berichten über eine andere Seite ihrer Wirksamkeit, die mit dem Arbeitsverhältnis und den Betriebsbedingungen gar nichts zu tun hat. Diese Seite der „Fabrikpflege" erstreckt sich auf die „Erziehung" und „sittliche Ordnung" der Arbeiterinnen. Fraulein Benede hat kurze für

Schneideri und weibliche Handarbeiten eingerichtet, einen Gesangschor der Arbeiterinnen ins Leben gerufen, eine kleine Bibliothek ist eingerichtet, die Unterhaltungsliteratur, Naturbeschreibungen und — Lebensbilder von Fürsten enthält; auch werden geistliche Zusammenkünfte für Arbeiterinnen veranstaltet. Wie nicht anders zu erwarten, beteiligt sich von den etwa 1400 Arbeiterinnen des Habelwertes nur ein kleiner Teil an allen diesen Veranstaltungen. „Meine treuen Mädchen werden von den anderen verbannt", klagte Fraulein Benede. Ob, ob, wie kann man nur so böse sein.

Sollten diese „anderen" nicht die richtige Empfindung haben, daß die von der Fabrikleitung angestellte und besoldete Fabrikpflegerin, so gut sie es auch meinen mag und so sehr sie von der Wichtigkeit ihrer Mission erfüllt sein mag, doch nicht die geeignete Person sei, um die Arbeiterinnen zu „erziehen" und „sittlich zu heben"?

Nach dem Eindruck, den wir aus dem Bericht des Fraulein Benede gewonnen haben, bewegen sich ihre Arbeiten auf dem Gebiet einer harmlosen Vereinstätigkeit mit einem Anstrich bürgerlicher Wohlfahrtsbestrebungen. Mit der Betretung und Wahrennehmung von Berufsinteressen der Arbeiterinnen haben sie nichts gemein, eher sind sie geneigt, die Interessen des Unternehmers zu fördern. Wäre es anders, dann würde auch kein Unternehmer eine Fabrikpflegerin anstellen. Wenn Fabrikpflegerinnen die Nähe und Last der Arbeit von Fabrikarbeiterinnen kennen lernen, so ist das recht verdienstlich. Aber der Vorteil, der aus solcher Kenntnis erwächst, liegt in erster Linie auf Seite der Pflegerinnen. Das sollten diese Damen nicht vergessen, zugunsten der Arbeiterinnen wirken nur aus deren Reichen hervorgehende, von den Arbeiterinnen gewählte Vertrauenspersonen.

Den zehntägigen Arbeitstag für alle Ziegeleien durch reichs-gesetzliche Bestimmungen zu fordern ist dem Reichstagszugehörigen Petition der Arbeitersekretärs Wiesmann in Heiligenstadt (Eichsfeld). Die Petition wünscht außerdem eine schärfere Kontrolle der Ziegeleiarbeiter und der Wohnungen der Ziegeleiarbeiter durch die Gewerbeinspektoren und Kreisärzte. Er verlangt ferner die Haftung des Ziegeleibesizers für die Löhne der in seinem Betriebe beschäftigten Arbeiter. Petent führt aus, daß in vielen Ziegeleien die Arbeiter nicht von dem Ziegeleibesizer sondern von dem Ziegeleimeister engagiert werden. Dieser zahlt den Arbeitern in jeder Woche nicht ihren vollen Lohn, sondern nur eine kleine Rate desselben. Erst am Schlusse der Kampagne erfolge die Auszahlung des rückständigen Lohnes. Oester sei aber der Ziegeleimeister dann nicht mehr zahlungsfähig und die Arbeiter gingen ihres Lohnes verlustig.

Die Forderungen der Petition sind ebenso bescheiden wie dringlich. Wir haben wiederholt an der Hand der Gewerbeinspektorenberichte und der Gerichtsentscheidungen dargelegt, wie jämmerlich vielfach es mit den Wohnungen für Ziegeleiarbeiter bestellt ist und daß nicht selten Verhaftungen wegen Verstoßes gegen die minimalen hygienischen und sittlichen Schutzvorschriften eintreten. Die Haftung des Ziegeleibesizers für den Lohn der in seinem Betriebe beschäftigten Ziegler folgt in allen Fällen, in denen mit Kenntnis des Verstoßes die Arbeit der Ziegler in seinem Nutzen verwendet ist und er wußte, daß der Ziegeleimeister zahlungsunfähig ist, schon jetzt aus dem Gesetz. Leider erfolgt, von einigen Entscheidungen abgesehen, selten die Verurteilung der Lohnpreller, weil der Nachweis schwierig ist, daß der Ziegeleimeister nur eine vorgeschobene Person ist oder daß der Ziegeleibesizer wußte oder wissen mußte, daß der Ziegeleimeister auf Lohnprellerei ausgehe. Der Willigkeit und dem Rechtsgefühl entspricht nicht nur für Ziegler, sondern für alle Arbeiter, insbesondere auch in der Heimindustrie, in der Textilbranche und im Berggewerbe, die gesetzliche Festlegung des Rechtszinses, wer von der Arbeitskraft eines anderen Nutzen zieht, haftet für die Bezahlung der in seinem Nutzen verwendeten Arbeiter. Daß dieser Rechtszins der Willigkeit entspricht, ist auch bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches anerkannt.

§ 300 des Strafgesetzbuches. Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat in einer Eingabe an den Reichsanwalt eine Erweiterung des Strafs desjenigen Personen erregt, denen bei Strafe verboten ist, Privatgeheimnisse, die ihnen kraft ihres Standes anvertraut werden, zu offenbaren. Es soll nämlich die Pflicht zur Verschwiegenheit auch auf die Verwaltungsbeamten der Krankenhäuser, Landesversicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften, Verwaltungsbehörden, Armenverwaltungen ausgedehnt werden. In der Begründung der Eingabe heißt es: „Während der Gesetzgeber bis dahin annehmen durfte, daß nur der Arzt selbst und seine Gehilfen mit dem Kranken in Verbindung kommen und von seiner Erkrankung Kenntnis erhalten, ist durch die neuere Versicherungsgesetzgebung der Kreis der Personen, die durch ihren Beruf zu dieser Kenntnis gelangen, erheblich erweitert. Die Rechtsansprüche der Versicherten an die Krankenhäuser, Landesversicherungsanstalten usw. gründen sich auf das sachverständige Gutachten des Arztes, und erst die Auskunft, welche dieser über Ursache und Charakter der Erkrankung, über den Grad der Erwerbsfähigkeit, sowie über die zur Heilung nothwendigen Maßnahmen abgibt, ermöglicht das ordnungs- und zweckmäßige Wirken dieser Institutionen. Alle diese Mitteilungen gehen oft an einen großen Kreis zum Teil subalternen Beamten, die jedoch gesetzlich nicht verpflichtet sind, Verschwiegenheit zu beobachten. Dem Arzte ist die Verschwiegenheitspflicht auferlegt, und doch soll er die Erkrankung seines Patienten dritten Personen offenbaren, die keine Verpflichtung zur Verschwiegenheit haben. Wenn auch anzunehmen ist, daß in Wirklichkeit die in vorgenannten Körperschaften tätigen Beamten auch heute schon freiwillig Discretion bewahren, so kann doch erst die erweiterte gesetzliche Schweigepflicht den beteiligten Personen die Garantie bieten, die der Gesetzgeber bei der Schaffung jenes Gesetzes zu bieten beabsichtigt hatte. Ganz besonders verhängnisvolle Folgen können aus dem bisherigen Zustande zum Beispiel bei Betriebskrankenkassen erwachsen, deren Angestellte zugleich Angestellte des Betriebes sind. Die Offenbarung der Erkrankung an die Betriebsleiter oder kann Entlassung oder andere materielle Schädigungen im Gefolge haben."

Die beantragte Regelung geht nicht weit genug. Gewiß ist es ein schwerer Mißstand, daß der Betriebsunternehmer, der eine eigene Betriebskrankenkasse hat, ohne weiteres erfährt oder erfahren kann, an welchen Krankheiten seine Angestellten leiden. Bei kleineren Betriebskrankenkassen führt vielfach der Unternehmer die Krankengeschäfte selbst, so daß jeder Krankenzettel durch seine Hände geht. Aber auch wenn dieses nicht der Fall, kann dem Geschäftsinhaber die Einsichtnahme in die Bücher und Akten der Kasse nicht verwehrt werden, denn nach § 64 des Krankenversicherungsgesetzes ist die Rechnungs- und Kassensführung unter Verantwortung und auf Kosten des Betriebsunternehmers wahrzunehmen. Der letztere hat also das Recht, die Verwaltung zu revidieren und zu diesem Zwecke Bücher und Belege durchzusehen. Wenn daher die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten die Rechte der Versicherten gegenüber den Betriebsunternehmern wirksam machen will, so muß sie auch auf die Beseitigung der auch aus vielen anderen Gründen nichts weniger als segensreich wirkenden Betriebskrankenkassen anstreben.

Aus Industrie und Handel.

Bändler-Praktiken. Die von uns gekennzeichnete Politik der Pommerischen landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft, welche einen schmerzhaften Handel mit russischem Getreide betrieb, hat schon ein interessantes Kapitel, welches zeigt, daß die Leute in der Genossenschaft, der die „Bierden" der pommerischen Aristokratie angehören, mit ihrer — Weisheit auch noch eine gute Dosis Unversöhnlichkeit verbinden. Die „Bank- und Handelszeitung" hatte bemerkt, daß die landwirtschaftliche Genossenschaft „sich erdreiste, große Mengen russischer Hafers zu dem niederen Preis von 20 M. in Deutschland einzuführen und zu verkaufen, um diesen schon in den ersten Tagen des März unter der Herrschaft der höchsten Hölle von 50 M. zu verkaufen. Die Pommerische landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft verschafft sich also einen Ver-

Widensbortell dadurch, daß sie ein Geschäft betreibt, das im strikten Gegensatz zu den Motiven für die Zollherhöhung für Oaser steht. Sie schädigt das landwirtschaftliche Interesse Preußens in demselben Moment, in dem sie vom Staate das Benefizium billigeren Geldes als das ortsübliche in Anspruch nimmt. Durch das Benefizium des billigeren als marktgängigen Zinsfußes wird es der Pommerischen landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft überhaupt erst ermöglicht, ausländisches Getreide zum Schaden der deutschen Landwirtschaft und zum Schaden der deutschen Finanzen in großen Mengen über die Grenze zu schleppen. Weiter nahm das Blatt von Gerüchten Notiz, nach welchen die Genossenschaft russisches Getreide u. a. auch an pommerische Güterbesitzer geliefert habe, die ihrerseits dieses Produkt, mit deutschem Getreide vermischt, natürlich als „unbeschnittene“ Ware an Proviantämter lieferten. Solche Handlungsweise steht nicht nur außerhalb des moralisch Erlaubten, das ist kein legalisierter Schwindel mehr, das wäre direkter Betrug. Und was sagt die Genossenschaft? Sie schickt dem Blatt eine Verächtigung, in der sie — vorbeiberichtigt. Sie behauptet nur, nicht selbst den in Berlin versteigerten russischen Oaser importiert und nicht selbst solche Ware an Proviantämter geliefert zu haben. Daraus kommt es gar nicht an. Daß man russisches Getreide kaufte und verkaufte, kann nicht bestritten werden, und die Genossenschaft hütet sich auch, in bezug auf die Lieferung an Proviantämter zu berichten, was tatsächlich gesagt ist. Es scheint übrigens so, als erstrebten die landwirtschaftlichen Genossenschaften den Sanktionsverbot. Wegen Bilanzfälschungen und bedenklichen Forderungen im Geschäftsbereich ist nach der „Zeitung für Hinterpommern“ gegen die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates des Neustettiner landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsbereichs Anklage erhoben worden. Zu den Angeklagten gehören u. a. das Herrenhausmitglied Landratsrat v. Herzberg-Lottin, der Landrat des Kreises Neustettin v. Bonin-Bangerow und das Reichstags- und Abgeordnetenhausmitglied v. Bonin-Wahrenbusch. Durch die Fälschungen sollten die großen erlittenen Verluste der vom Verein verwalteten genossenschaftlichen Kornhäuser in Neustettin und Grammenz verschleiert werden. Die beiden aus Staatsmitteln mit 258 700 Mark Kosten erbauten Kornhäuser stehen seit dem 1. Juli 1904 unbenutzt da und werden wohl auf Abbruch verkauft werden müssen, da sich bisher keine andere Verwendung hat finden lassen.

Wo Angehörige der Junkertypen die Hängel führen, da geht's unfehlbar in den Sumpf hinein, und diese Gesellschaft sühnt sich berufen, die Welt zu regieren!

Dividenden-Tafel. Unsere Zusammenstellung über die Entbehrungs-Dividenden zeigt heute folgendes Bild: Es verteilten Dividenden für

	1904	1905
	in Prozenten	
Gebr. Wöhler u. Co., Aktien-Gesellschaft	10	16
Aktien-Gesellschaft Niederhall	6	8
Kogelmaschinenfabrik	35	35
Leipziger Hypothekbank	7	7
Kreditverein Rediges	7 1/2	8
Rammheimer Gummi-, Guttapercha und Kautschukfabrik	3	7
Vereinigte Glasstofffabriken, Elberfeld	30	30
Gelsenkirchener Bergwerk	10	11
Bergisch-Märkische Bank, Elberfeld	8	8 1/2
Metallwarenfabrik Dannhorn, Wierberg	5	7
Deutsche Asphalt-Aktien-Gesellschaft, Hannover	7 1/2	10
Eintracht-Drahtseilwerke	16	18
Eisenwerk Kraft	8	11
Hannoversche Papierfabriken	9	9
Kartwerke vormals Meister, Höchst	20	20
Aktien-Gesellschaft vorm. Kreller u. Kohnmann, Berlin	10	10
Aktien-Gesellschaft Gutmann, Hamburg	9	9
Deutsche Jutespinnerei, Reichen	10	12
Oberdeutsche Holzwerke u. chemische Fabriken, Berlin	9	9
Magdeburger Bergwerksverein	23	23
Größter Straßenbahn	9	9
Mathenower Optische Industrie-Anstalt	12	12
Chemische Fabrik Hude, Bremen	23	30
Allgemeine Gas- und Elektrizitätsgesellschaft, Bremen	4	6
Wachener Hüttenverein „Rote Erde“	30	29 1/2
Chemische Fabriken A. G. Reig Schulz, Leipzig	21	22
Raschmuffenfabrik A. G. Braubenz	6	7
Reichel, Metallschrauben A. G., Finsterwalde	11	12

Ueber die Gold- und Silberproduktion der Welt im Jahre 1905 liegen die Angaben des Direktors der amerikanischen Münze vor. Danach bewertete sich die Goldproduktion auf 77 358 466 Pfund Sterling gegen 71 105 827 im Jahre 1904. Am reichsten ist Afrika an dieser Summe beteiligt, dann die Vereinigten Staaten, Australien und endlich Russland. Im Jahre 1891 betrug der Wert der Goldproduktion erst 26,7 Millionen Pfund Sterling, im Jahre 1895 dagegen schon 41,0, 1898 59,54 und 1902 61,33 Millionen Pfund. Gegenüber dieser Steigerung der Goldgewinnung zeigt sich bei Silber eine Abnahme. 1891 bewertete sich die Silberproduktion der Welt auf 25,9 Millionen Pfund Sterling, war also fast ebenso hoch wie die Goldgewinnung; 1894 dagegen stellte sie sich auf 20,23, 1897 auf 18,88, 1902 auf 16,32 Millionen Pfund. Von 1902 ab tritt wieder eine langsame Steigerung ein, ohne daß indes die frühere Höhe erreicht wurde. 1905 bewertete sich die Silberproduktion der Welt auf 19,88 Millionen Pfund Sterling.

Deshalb —! Das Projekt zum Bau der Altai-Bahn ist im russischen Ministerium für Handel und Industrie ausgearbeitet

worden. Diese Bahn hat den Zweck, die Ausbeutung der Reichtümer des der russischen Kaiserfamilie gehörigen Altaibezirks zu erleichtern, die bisher mangels Eisenbahnverbindung verfallend gewesen sein soll. Die Eisenbahn ist in einer Länge von 288 Werst projektiert. Die Ausgaben für den Unterhalt dieser Bahn würden sich in der ersten Zeit nicht bezahlt machen, doch hätte die sibirische Bahn dafür billige Kohle, welche mit dieser Bahn angebracht werden könnte. —

Damit die Privatinteressen des armen Zaren gefördert werden, baut der Staat eine Bahn. Es gibt also in Russland auch Fortschritt — wenn des Zaren Portemonnaie dabei sich füllt. Das ist echt russisch, es soll aber anderswo auch ähnliche Verhältnisse geben.

Ein neues großes Eisenblechwerk soll in Glasgow von der Clyde Bridge Steel Company erbaut werden. Veranlaßt ist dieser Beschluß durch den Umstand, daß zurzeit hier keine Bleche über die gewöhnlichen Größen hinaus hergestellt werden können, und daß man in dieser Beziehung bisher ganz auf Deutschland angewiesen war. Die Gesellschaft wird auch die Eisenblechplatten für die neue Jagt des Königs liefern, die in Glasgow auf Stapel gelegt ist.

Gerichts-Zeitung.

Prozess Aniehaase. Der Prozess Aniehaase wurde gestern am späten Abend zu Ende geführt. Die Geschworenen bejahten die Fragen, ob Aniehaase des Kontursvergehens, des Verbrechens gegen das Depotgesetz, des Betruges, der Unterschlagung und der fortgesetzten Untreue schuldig, ebenso die Rückständigkeit des Mitangeklagten Haase rüchlich der Beihilfe und Begünstigung gestellten Fragen. Das Gericht erkannte daraufhin auf drei drei Jahre sieben Monate Gefängnis unter Anrechnung von einem Jahr vier Monaten Untersuchungshaft gegen Aniehaase und auf Freisprechung gegen Haase.

Staatsanwalt, Schöffengericht und Arbeiterpresse. Das Schöffengericht in Köln verurteilte einen Kaufmann, der in seinen Anzeigen in der größten Weise die Deffentlichkeit getäuscht hatte, wegen unlauteren Wettbewerbs zu 50 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt beantragte, das Urteil im „Stadt-Anzeiger“, im „Total-Anzeiger“ und in der „Rheinischen Zeitung“ auf Kosten des Verurteilten zu publizieren. Die Publikation auch in der „Rheinischen Zeitung“, unserem Kölner Parteiblatt, begründete der Staatsanwalt damit, daß diese Zeitung in Arbeiterkreisen viel gelesen werde und der Verurteilte gerade auf die Arbeiterbevölkerung spekuliert habe; die letztere müsse nun auch über die Qualität des Geschäftes aufgeklärt werden. Das Gericht erkannte nur auf Publikation in den beiden ersten Blättern. Es ließ sich also an Unbefangenheit von einem Staatsanwalt über-treffen. Oder nahm es an, daß das Arbeiterblatt auch ohne gerichtliche Publikationen vor unlauterem Wettbewerb schützt? Dann liegt in dieser Annahme eine zutreffende Anerkennung der Wirkung der Arbeiterpresse.

Ein Zigarrenarbeiter beleidigt, wenn er wiederholt, was Abgeordneter Bruhn ausführt. Die Polizeiverwaltung in Schön-lanke soll der Zigarrenarbeiter Paul Seidel, dortselbst, beleidigt haben. In einer Versammlung der dortigen Tabakarbeiter gelegentlich des letzten Tabakarbeiterausstandes kritisierte er in etwas drohtiger Weise die Maßnahmen der dortigen Polizei, was die Versammlung mit Beifall aufnahm, und was dem über-wachenden Beamten Veranlassung gab, dieselbe aufzulösen. Der Angeklagte führte zu seiner Verteidigung an, daß er ungefähr die selben Worte gebraucht habe, wie der Reichstags-abgeordnete Bruhn, der sie ebenfalls in einer Versammlung in Schönlanke angewendet. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis, das Urteil lautete auf 100 Mark Geldstrafe.

Der „Süddeutsche Postillon“ in Altenburg. In das Expeditionslokal unseres Altenburger Parteiorgans, der „Volkszeitung“, kam vor einigen Tagen ein Abgeordneter der Polizei mit dem höflichen Ersuchen, das im Schaukasten hängende Zielbild des „Süddeutschen Postillon“ zu entfernen. Die Frage, ob das Bild etwa aufreizend wirke, da es den Religionswechsel des Fräulein Ena von Vattenberg darstelle, blieb unbeantwortet. Es bleibt also der freien Phantasie überlassen, zu entscheiden, ob der Hinweis auf den religiösen Uebertritt des Fräulein Ena auf das Volk, dem die Religion erhalten werden muß, aufreizend wirkt, oder ob das leuse Auge vor dem Anblick des Körpers des Fräuleins geschützt werden soll, das eben ihr protestantisches Hemd ausgezogen hat und nach dem ihr vom Papst überreichten katholischen Hemde greift. Der Fuß und die Waden der hohen Beleherten sind mit einem schwarzen Strumpf bekleidet, den ein blaues Strumpfbünd mit der Devise des von Eduard III. im Jahre 1350 gestifteten königlich großbritannischen Hofenbandordens ziert: Honny soit, qui mal y pense. (Schande dem, der Arges dabei denkt.)

Das Recht am Namen. Professor Biedermann ist eine heitere Figur, die eine Berliner Zeitung zur Verfestigung ihrer Leser und zur Bekämpfung allwöchentlich abbildet und sich ausplaudern läßt: ein kleines unterlegtes Männchen, Brille auf der Stirn, Regenschirm unter dem Arm, so präsentiert sich die Nachahmung des Professor Biedermann aus der Blätterzeit der „Fliegenden Blätter“. In dieser innerlich drolligen, unglücklichen Kellame-Scherzfigur nahm ein wahrhaftiger Professor Biedermann aus Steglitz Anstoß und eröffnete den Krieg gegen sie. Der Adresskalender, so etwa lautete

die Deduktion der unter rechtsgelehrtem Verstand aufgebauten Zivilrechtsklage, weist für Berlin und Umgegend 90 Wiederbrenner auf, darunter aber nur einen Professor und das ist nicht einer der bekannten schon verstorbenen Professoren der Geschichte und der Medizin, sondern der in Steglitz lebende klagende Professor. Der habe ein Interesse daran, daß sein Name nicht mißbraucht werde. Ihm siehe zur Seite § 12 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der bestimmt: „Wird das Recht zum Gebrauch eines Namens dem Berechtigten von einem anderen bestritten, oder wird das Interesse des Berechtigten dadurch verletzt, daß ein anderer unbefugt den gleichen Namen gebraucht, so kann der Berechtigte von dem anderen Befreiung der Beeinträchtigung verlangen. Sind weitere Befreiungsmaßnahmen zu beorgen, so kann er auf Unterlassung klagen.“ Der Name ist nicht Schall und Rauch, sondern ein vor Mißbrauch zu schützendes gar köstliches Gut. Das Landgericht Berlin I lehnte den Antrag eines einstweiligen Verfügung ab. Auf die Berufung des Klägers erließ aber das Kammergericht am 3. November v. J. die beantragte einstweilige Verfügung dahin: „den Beklagten wird im Wege der einstweiligen Verfügung bei Vermeidung einer Strafe von 300 Mark in jedem Falle auferlegt, in den späteren Nummern der „Berliner Zeitung“ den Namen „Professor Biedermann“ für die Figur eines angeblichen Abonnement oder überhaupt für eine Figur nicht mehr zu gebrauchen.“

Die Widerspruchsklage gegen diese Verfügung wies das Landgericht unter Aufhebung der einstweiligen Verfügung ab. Das Kammergericht stellte aber seine Verfügung wieder her. Das Reichsgericht hat am Donnerstag das erste Urteil wieder hergestellt und damit die einstweilige Verfügung wieder aufgehoben. Es hat das Interesse am eigenen Namen also nicht für so wertvoll gehalten, daß ein gleicher Name nicht fungiert werden dürfe. Die verständige Entscheidung ist von einem Zivilsenat, nicht von einem Strafsenat, getroffen. Der hätte vielleicht dahin entschieden: der Scherzprofessor ist gehalten, zu Beginn seiner Darlegungen die Ausführung zu machen: „Name ist ja nur Schall und Rauch, also bitte mich nicht mit meinem Namensvetter aus Steglitz zu verwechseln“, oder legt sich der Gefahr der Bestrafung wegen Beleidigung aus.

Briefkasten der Redaktion.

§. 33. Benutzen Sie zunächst nachstehende Adressen: 1. Dirigent der Fortbildungsschule Sabonslo, Turmstr. 86. 2. Leiter der Fortbildungsschule Rektor Leopold, Gneisenaustr. 57. 3. Ohne Kenntnis ist das Ziel sehr schwer erreichbar. — **Realschule.** Aufnahme kann darum nicht verweigert werden. Uebrigens geben Sie den wahren Sachverhalt dem Direktor oder Ordinarius offen an. Fügen Sie hinzu, daß Sie selbst evangelischer Konfession sind. — **Paris.** Verweigerung der Abgabe der Annoncen am 18. März 1871. — **H. D. Klein.** — **C. W. 000.** Geringe körperliche Fehler. Fähigkeit zum Dienst nicht ausgeschlossen. Und die Leistung? — **Pantow, Schnitz.** 47. Bezieht sich auf Lunge und Brustfell. 72, 73 und 75 Fehler an den Hagen und Beinen. — **Storch.** 1860.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der hiesigen Markttaxen-Direktion. Rindfleisch Ia 63-66 pr. 100 Pfund, IIa 54-62, IIIa 49-53, IVa 39-47. Kalbfleisch Ia 80-88, IIa 65-78, IIIa 52-62, Hammelfleisch Ia 60-71, IIa 54-60, Schweinefleisch 75-79, Rotwild 0,60 bis 0,65, Damwild —, Kaninchen Stück 0,80-0,95. Hühner, alte, Stück 1,60-2,75, junge 1,00-1,50, da. IIa 0,00-0,00, Tauben, junge 0,45-0,50, alte 0,00-0,00, Enten, Stück 3,45-3,50, Gänse, junge, Stück 0,00-0,00, russische 0,30-0,35 pr. Pfd. Schaffleisch 0,00 pr. Pfund, 21-22 pr. 100 Pfd. Schote 76-84, Schote 00,00; Kase, groß 00-00, mittel 00-00; Wägen 59-61, Blöden in Eis, große 00,00, kleine 00-00, Karren 00-00, Rheinlachs 600, Seelachs 18-20 pr. 100 Pfd. Schottische Selleringe (geladene) 40-44 pr. Eier, Schod 3,30-3,60, Butter pro 100 Pfund Ia 122-123, IIa 118-121, IIIa 116-118, abfallende 110-115. Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote Dabische 2,00-2,50, magd. bon. 2,10-2,35, runde weiße 1,80-2,00, Wirtlingfehl pr. Schod 0,00-0,00, Weizlohl pr. 100 Pfd. 3,75-4,00, Rogglohl pr. Schod 00-00, holl. 15-24 pr. Saure Gurken, Schod 2,00 pr., Pfeffergurken 2,00 pr.

Witterungsübersicht vom 16. März 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. d. °C	Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. d. °C
Swinemünde	752 B	4mollig	6	Daparanda	753 D	2mollig	-8				
Hamburg	757 BSB	5halb hd.	5	Petersburg	754 BSB	1mollent	-12				
Berlin	756 BSB	4Regen	7	Seibitz	765 BSB	5Dunst	10				
Frankfurt a. M.	765 BSB	2mollig	10	Aberdeen	750 B	2Wetter	4				
München	767 BSB	7bedekt	6	Paris	770 BSB	3bedekt	10				
Wien	761 B	8mollig	7								

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 17. März 1906.
Um 5 Uhr, vielfach heiter, aber noch veränderlich mit geringen Niederschlägen und ziemlich lebhaften westlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 15. März. Elbe bei Wittenberg + 2,28 Meter, bei Dresden + 0,77 Meter, bei Magdeburg + 3,51 Meter. — Unstrut bei Strahburg + 2,40 Meter. — Oder bei Rathbor + 2,28 Meter, bei Bredlau Oberpegel + 5,14 Meter, bei Bredlau Unterpegel - 0,08 Meter, bei Frankfurt + 2,19 Meter. — Weichsel bei Braßmünde + 5,68 Meter. — Warthe bei Bosen + 1,64 Meter. — Rega bei Ull + 1,40 Meter.



Sunlicht Seife

und schöne Wäsche gehören, wie schöne Frauen und Rosen, unzertrennlich zusammen. Wäsche, zu der Sunlicht Seife gebraucht wurde, besitzt jenes feine Aroma, als wäre sie aus dem Garten der Rosen hervorgegangen und hätte den zarten Hauch duftender Blüten in sich aufgesogen.

Zu ihrer Herstellung werden auch nur Rohmaterialien reiner und edelster Qualität verwendet. Die stets gleichbleibende Güte wird garantiert.

Trotzdem ist die Sunlicht Seife billig! Sie ist ein concentrirtes Verseifungsprodukt und deshalb sehr ausgiebig.

Teures Fleisch — billige Seefische!!

Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährwert sich auszeichnend!

Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen!

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.

Seefisch-Kochbücher gratis.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804.

Verkaufs-Niederlagen:

Prinzenstraße 30 | Madalstraße 22 | Landsbergerstraße 52-53
(am Moritzplatz.) | (im Schlesiischen Bahnhof.) | (der Kurzenstr. gegenüber.)

Wir empfehlen besonders:

Kabeljau ohne Kopf
im Anschnitt 30 Pf.

Seelachs ohne Kopf
im Anschnitt 30 Pf.

Pl. pr. Pfd.

25

Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Zimmer 34, Amt IV, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt IV, 9679.

Montag, den 19. März 1906, abends 7 Uhr, in Kellers Festsaal, Rappenstr. 29:

Klempner-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung über die gepflogenen Tarifverhandlungen. Referenten: Kollegen Cohen und Weigel. 2. Diskussion.

Kollegen! Da wir dem Wunsche der Kollegen, diese Versammlung Sonntags abzuhalten, wegen der Volkssammlungen nicht nachkommen können, ersuchen wir die Kollegen, die Versammlung gleich von der Arbeitsstelle aus zu besuchen, damit dieselbe pünktlich eröffnet werden kann. (114/5) Die Ortsverwaltung.

Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

(Verwaltungsstelle Berlin u. Umgegend.)
Sonntag, den 18. März, nachm. 4 Uhr, bei Voigt, Ritterstr. 75:
Versammlung.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminiahallen“, Kommandantenstraße 20:
Versammlung
aller in den Innungsverhältnissen Berlins beschäftigten
Stellmacher

Tages-Ordnung:
1. Die Antwort der Innungsmeister auf unsere Forderungen.
2. Welche Antwort geben wir?
Es ist die Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Erster Athleten- u. Artisten-Verband Berlins und Umgegend

(gegründet 1896) 4945
Wir geben hierdurch unseren Mitgliedern bekannt, daß die diesmonatliche Delegiertenversammlung der **März-Feier** wegen nicht, wie statutenmäßig festgesetzt, am 18., sondern am **Sonntag, den 25. März d. J.**, nachmittags 2 Uhr, bei Dreßel, Neue Friedrichstraße 35, stattfindet.

Nathan Wand

129 Stallherstr. 129.
Die schönsten 2002*
Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu sowie speziell Monats-Garderobe von Kavallieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Dauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
129 Stallherstr. 129.
Hofbahnstation Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung Liefera elegante fertige Herren-Garderoben.
Ersatz für Maß.
Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidemeister,
Große Frankfurter Str. 87, II.
Eingang Straußberger Platz.

Rute 6 Mark.

Zepernick, nahe der Bahn.
Günstige Zahlungsbedingungen.
Verkaufert tagl. an d. Station Zepernick.
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Größte Ausnahme-Tage Berlins!

Streng reell! Streng feste Preise!

nur

Sonnabend Sonntag Montag Dienstag

Um unsere ganz enormen Läger schnellstens zu räumen, geben wir auf folgende Artikel:

Herren-, Jünglings-, Knaben- u. Konfirmanden-Anzüge u. Paletots, Herren- u. Damentiefel, Damen- u. Kindermützen, Herren-, Damen- u. Kinder-Wäsche, Seiden- u. Woll-Blusen, Jupons, Regenmäntel, Seidenstoffe und auf alle Herren-, Jünglings- u. Knaben-Hosen

20 % Rabatt.

Nie wiederkehrende Gelegenheit!
Billigste Preise Berlins!

Internationales Kommissions- u. Lagerhaus E. Süßkind & Co., Rosenthalerstr. 9.

Größtes Specialgeschäft für Hüte und Mützen

Oscar Arnold
Dresdenerstr. 116
Kein Laden (am Oranienplatz).
Filzhüte, Cylinderhüte, Strohhüte und Mützen
Engros! Export! aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl!
Einzelverkauf
zu auffallend billigen, aber streng festen Preisen



Frühjahrs-Paletots!
Frühjahrs-Anzüge!

Allen voran

sagten wir uns vor einem Jahre, als wir unser Geschäft gründeten,

auch heute stehen wir wiederum allen voran.

Warum? Weil wir mit dem heutigen Tage eigene große Betriebswerkstätten eröffneten.

9438 Herren

tragen während des ersten Jahres unseres Bestehens unsere Konfektion. Dieses dürfte ein bereites Zeugnis von unserer außerordentlichen Leistungsfähigkeit ablegen. Wir haben auch jetzt zur bevorstehenden Frühjahrs-Saison große Abschlüsse mit den allerbedeutendsten Fabriken gemacht, so daß wir in der Lage sind, unsere alten Grundsätze hochzuhalten.

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalentwurf!
Nachdruck verboten.

LESKE & LEHRER

78 Kottbuser Damm 78

Spezial-Haus guter Herren- und Knaben-Garderobe
fertig und nach Maß.

Da wir unsere sämtlichen Maßsachen in eigenen großen, der Neuzeit entsprechend eingerichteten Betriebswerkstätten anfertigen lassen, so richten wir an unsere werten Kunden die ergebene Bitte, uns Maßbestellungen für die Frühjahrsaison schon jetzt zu machen. Wir richten diese ergebene Bitte nur aus dem Grunde an das Publikum, damit wir in die Lage gesetzt werden, die bei uns bestellten Sachen auf das sorgfältigste verarbeiten zu können.
Die jetzt bestellten Sachen können auf Wunsch auch später abgenommen werden.

Auf vielseitiges Verlangen aus unserem werten Kundenkreise, denen es nicht möglich, am Jubiläumstage ihre Einkäufe zu machen, haben wir uns entschlossen, auch diesen Sonnabend, den 17. und Sonntag, den 18. März, beim Einkauf eines Anzuges oder Paletots eine hochelegante bunte Weste gratis zu verabfolgen.

Bitte, beachten Sie genau unsere Firma und Hausnummer.
Eigene große Betriebswerkstätten: Neue Hobrechtstr. 59-60.

Einsegnungs-Anzüge!
Prüfungs-Anzüge!

Greift zu!

dem Besten
Monats-Anzüge v. 10,- M. an
Abonnements-Anzüge 12,50
Monats-Paletots 9,-
Partie-Anzüge, teils mit unmerkbaren Fehlern 10,50
Anzüge, Ersatz für Maß, 20,-
Kamming-Hof od. Kadettis 3,-
Wies auch für torpente Figuren! Betrag Kleidungsstücke v. Kavallieren, Heiland, aus den feinsten Werkstätten Berlins, teils von Hofhof, kolossal billig. Strohhüte-Vergütung!
Bitte Zentral-Keller, Berlin, 35 Neanderstr. 35, an der Hofbahn, 3 Minut. v. Stadtbahn Jannowitzbrücke.

Kraft-Rothwein
Feurig-Süßer
Sanjalucia
Fi. 150 u. 2 M. überall zu haben
In Apotheken, Drogen- u. Delikatessengesch., steht unter ständiger Kontrolle d. chem. Laboratoriums Dr. C. Bischoff.

Einsegnungs-Anzüge
Robert Bohn,
Berlin N., Invalidenstr. 135.
Herren- u. Knaben-Garderobe
fertig u. nach Maß.
Streng reell!

Ausverkauf

nach der Inventur!

Gardinen und Stores

weiß, crème u. ockerfarben abgeg. Fenster-2 Shawls.
Echt engl. u. Brüssel 250
Tüll m. Band eingef. 12 bis 2 M.
Prima Spachtel-Tüll 950
m. Batist-Auflage 18 bis 9 M.
Echt Erbstall, reich m. 875
Bändchen, Handarb. 25 bis 6 M.
Relief-Tüll-Stores, neuo 2 M.
Sezess-Muster 5 bis 2 M.
Echte Spachtel-Stores, 525
Applik. m. Spinnen 12 bis 5 M.
Point lace-, Stella- und Lacet-Stores a. Erbstall, 6 M.
Neuheit 18 bis 6 M.

Steppdecken.

Seldenart. Lasting 750
à 14, zweis. 12, 9 u. 4 Mk.
Wollatlas à 10, 8, 6, 5 u. 4 Mk.
Purpur, echt rot, 250
à 5, 3, 25 u. 2 Mk.
Selden-Atlas, alle Farb., 20, 15, 12 u. 10 Mk.
Excelsior Cloth, 475
à 9, doppels. 8, 6, 50 u. 4 Mk.
Satin, gemustert, 4 Mk.
à 6, 5 u. 4 Mk.
Türkisch-Cretonne, 225
à 4, 50, 3 u. 2 Mk.
Daunen-Decken à 30, 26 u. 18 Mk.

Vorjährige Muster und Restbestände jetzt fast für die Hälfte des Preises.

Teppichhaus

B. Hurwitz

Rotes Schloß 4881*
vis-a-vis dem National-Denkmal.

„Seylerschloß“ Hankels Ablage a. Zeuthener See u. Wald
gelogen, ist den verehrten Vereinen, Gesellschaften, Fabriken und Schulen empfohlen. Große und kleine Säle, Hallen für 1000 Personen. Große Spielplätze. Bes. W. Heinrich.

Achtung! Vereine, Gewerkschaften!

Dem verehrten Publikum, Vereinen und Gewerkschaften sowie allen Freunden und Bekannten zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich das herrlich an der Oberspreewäldersee gelegene, mit Voranden und Hallen versehenen zirka 15 000 Personen fassende Etablissement **Hasselwerder** käuflich erworben habe. — Besuchen vom Bahnhof Nieder-Schönowsee-Johannisthal in 5 Minuten zu erreichen. Dampferanlegestelle der Stern-Gesellschaft. 5685L*

Ausspannung für 200 Pferde. Im großen Saale jeden Sonntag: **Ball**. 6 Kegelbahnen.
Volksbelustigungen aller Art.
In meinen Festsaal Rüdorsdorferstr. 45 setze ich mein Geschäft bis zum 1. Oktober 1906 unverändert fort.
Hochachtungsvoll

Albert Scheruch, Rüdorsdorferstr. 45.

Der gesetzliche Arbeitsvertrag in Holland.

Am 7. März trat die Zweite Kammer zu einer Sitzung zusammen, auf deren Tagesordnung die Beratung eines Gesetzes...

In Holland beschränkt sich die Regelung des Arbeitsvertrages bis jetzt auf drei Artikel im Bürgerlichen Gesetzbuch...

Im Jahre 1898 beauftragte die damalige Regierung den freisinnig-demokratischen Professor Drucker, eine gesetzliche Regelung des Arbeitsvertrages auszuarbeiten...

Da erhob sich in der gesamten Arbeiterschaft, auch in den christlichen Vereinen, eine sehr scharfe Kritik. Die Gegenagitation setzte sich ein; verschiedene große Manifestationen fanden statt...

Erstens gegen die Einfügung des Gesetzes ins Bürgerliche Gesetzbuch. Der Arbeitsvertrag ist dadurch zu einem Vertrage wie jeder andere zwischen zwei gleichwertigen Parteien...

Zweitens werden alle Streitfragen, welche aus der Anwendung des Gesetzes entstehen, vor den gewöhnlichen Richtern gebracht...

In holländischen Arbeiterkreisen sind Gewerbegerichte oft gefordert worden, aber die Regierung und alle bürgerlichen Parteien lehnen sie rundweg ab...

Drittens rechnet die ganze Vorlage nirgends mit Streiks und dergleichen Unterbrechungen des Arbeitsvertrages. Ausstand ist im Sinne dieses Gesetzes „Arbeitskontraktbruch“...

Es wird in den nächsten drei, vielleicht vier oder gar fünf Wochen im niederländischen Parlament hart gelämpft werden um all jene prinzipiellen Fragen...

Deshalb das Gesetz — wie gesagt — verschiedene gute Meinungen enthält, so hat doch die niederländische Arbeiterschaft allgemein den Eindruck, daß das Gute nicht in Betracht kommt gegenüber dem Schlechten...

Darum wird das Gesetz, falls es durchgeht, zustande kommen müssen ohne die Stimmen der Sozialdemokraten.

Das Verbrechen von Courrières.

Au den Branger!

Die bodenlose Fahrlässigkeit der Ausbeutergesellschaft wird durch einen Bericht außer Zweifel gestellt, den der Bergarbeiterdelegierte vom Schacht 3, Simon Pierre, am 3. März erstattet hat...

Bericht vom 3. März 1906. — Eingefahren zum Stockwerk 326 Meter. Zwischen den Gegengewichten und den Leitern sind einige Bretter lose. Mehrere Stellen im Förderseil sind schadhaft...

So schrieb der Arbeiterdelegierte am 3. März. Am 10. eine Woche später ereignete sich das Unglück. Ungeachtet des im Innern der Grube schwelenden Brandes...

Das „Journal“ bringt heute, wie unser Korrespondent vom 16. März schreibt, neue Vorschläge für die verbrochene Fahrlässigkeit der Grubengesellschaft...

amtliche Untersuchung

über die Ursachen der Katastrophe ist eingeleitet. Es wird gemeldet: Paris, 16. März. In dem heute im Elysee stattgehabten Ministerrat machte Ministerpräsident Sarrien Mitteilungen über den Stand der gerichtlichen Untersuchung...

preussischen Abgeordnetenhause.

Bei der gestrigen Beratung des Etats der preussischen Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung sprach Abg. Brust die Erwartung aus, die Behörden werden alles tun, angefaßt des Unglücks von Courrières die hiesige Bergarbeiterschaft zu beruhigen...

Hindernisse der Bergungsarbeiten.

Geradezu skandalös ist die Mangelhaftigkeit der Organisation der Rettungsarbeit. Einzig die weisfällige Hülfstruppe ist genügend ausgerüstet. Die Pariser Feuerwehrlente, die ihnen helfen, haben unbrauchbare Apparate...

Volksstimmen

orientieren diese Meldungen:

Leus, 16. März. Die letzte Nacht verlief im Kohlenbecken des Bas de Calais sehr erregt. Die Ausständigen zogen auf den Wegen umher, um die Arbeiter anzuhalten...

Unser Korrespondent berichtet: „Interessant ist folgende Episode: Der Minister Dubief wollte dem Retter Simon die Rettungsmedaille anheften. Aber der heldenmütige Arbeiter wies sie zurück, da seine revolutionären Ueberzeugungen ihm die Annahme von Auszeichnungen verböten.“

Leus, 16. März. Der gestrige Abend verlief in der Umgegend sehr unruhig. Allerorts hielten die Arbeiter Versammlungen ab, worauf Strakenungsgänge veranstaltet wurden...

Der Streik.

Aus Paris wird uns berichtet: Der Streik greift im Bas de Calais immer weiter um sich. Heute früh sind schon mehr als 6000 Mann nicht eingefahren. Die neue Regierung hofft den Konflikt friedlich beizulegen...

Die Forderungen der Arbeiter beziehen sich auf drei Gegenstände. Die Gewerkschaft fordert eine Erhöhung der Prämien, die bisher 30 Proz. betragen, auf 40 Proz. Ferner soll die Abmachung von 1902 erneuert werden...

Die Syndikalistische Arbeitskommission hat ihren Sekretär Levy in das Streikgebiet entsandt und wohl damit im Zusammenhang steht die Meldung der „Patrie“, daß die Bergarbeiter die Unterstützung der sozialistischen Fraktion ablehnen...

Weitere Meldungen liegen vor: Lille, 16. März. Der Ausstand der Grubenarbeiter breitet sich immer weiter aus. In den Gruben von Douze haben von

2724 Arbeitern 2469 die Arbeit niedergelegt. Auch die Arbeiter der benachbarten Gruben sind von den Ausständigen zur Einstellung der Arbeit aufgefordert worden...

Leus, 16. März. Die Zahl der ausständigen Bergarbeiter beträgt 10000. Die Führer des Bergarbeiter-Syndikats werden morgen eine Besprechung mit den Vertretern der Bergwerksgesellschaften haben...

Lille, 16. März. Der Abg. Basly hat nach seiner Rückkehr aus Paris sofort den Vorsitz des Grubenarbeiterkongresses übernommen, der alsbald mit seinen Arbeiten begann...

Lille, 16. März. Der Minister des Innern hat dem Abg. geordneten Basly zugefagt, keine Truppen in das Streikgebiet zu senden, solange der Ausstand in friedlichen Bahnen verlaufen würde...

Aus der Frauenbewegung.

Sinder-Kultur.

Unzweifelhaft ist die Erziehungsfrage eines der wichtigsten Probleme. Wohl sind bedeutende Fortschritte in der Entwicklung der Menschheit im Verhältnis zu der Kulturstufe...

Soll die Menschheit an Schönheit und Kraft, an Kultur wachsen, so müssen die Individuen von einer Generation zur anderen besser und vollkommener werden. — Wie der Gärtner jede Pflanzengattung ihrer Eigenart entsprechend behandelt...

Es ist ganz falsch, wenn die Eltern den Erfolg ihrer Kindererziehung etwa nur nach dem Gehorsam ihrer Kinder beurteilen und ein aufs Wort folgendes Kind als Ideal aller Kinder betrachten...

Glauben und blinden Gehorsam haben die weltlichen und geistlichen Machthaber aller Zeiten stets von den breiten Volksmassen verlangt...

Die es sich im Leben zeigt, daß allzu williges Gehorchen meist zum Schaden der Betreffenden ausfällt, zeigt es sich auch in der geistigen Entwicklung des Kindes...

Eltern und Erzieher, gebt dem Kinde vernünftige Bewegungsfreiheit in seinem Denken und in seinem Handeln...

Der Zustand der Kindheit besteht gerade darin, daß das Kind nur noch äußeren Impulsen, nie aus Ueberlegung und innerer Willenskraft handelt; da gilt es, das Kind vorsichtig und behutsam zu leiten...

In unserer Erziehungspraxis spielt die Rute, die dunkle Kammer und der Hunger eine verhängnisvolle Rolle. Solche Strafmittel werden angewandt, um die elterliche Autorität zu verfestigen und die häusliche Ordnung gegen die kleinen Wilden aufrecht zu erhalten...

Die Prügel, die dem Kinde körperliche Schmerzen verursachen, gelten als Abschreckungsmittel gegen Unarten und Ungezogenheiten; gar bald lernt das Kind begreifen, daß es nur dann geschlagen wird, wenn man es bei Unarten erwischt...

**Jeder Arbeiter,
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit**

die Lederhose **Herkales** tragen. Wein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Ein Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knappnähte. Halbstarke Woll- u. Tscheng. Große Hüften umfassen. Die Hose bei Annahme von 6 Stück 25 Pf. **4 M. 50**

- Wandker-Hose Marke Ham-Drum, Zwirnleiste... 5 M. 50
- Gelblich. Wandker-Jacke 14,50, 8,75
- Schilblauer Wandker-Jacke 1 M. 90
- Schilblauer Wandker-Hose... 1 M. 50
- Schilblauer Wandker-Jacke, prima Körper-Gewebe... 2 M. 50
- Schilblauer Wandker-Hose, prima Körper-Gewebe... 2 M. 10
- Weiße Freizeit-Jacke 3,50, 2 M. 75
- Kombi-Hose, Dreifach... 4 M. 50
- Waler-Hüte... 3.—, 2,50, 2 M. 25
- Mechaniker-Hüte (braun) 3.—, 2 M. 40
- Weiße Leder-Jacke, Dreifach... 7,50, 3 M. 75
- Weiße Lederhosen... 4,50, 2 M. 90
- Stiefelreißer-Anzüge, blau, nach Vorchrift... 5 M. 50

Baer Sohn

Es gras. Expert. Es detail. **Chausseestr. 21a 23. Prandstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.**
Das 28. Haupt-Preisbuch 1906 wird kostenlos und portofrei zugesandt. Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacken und Mänteln die Brustweite anzugeben. 56882* — Versand von 20 M. an franko. —

Nachdruck verboten!

Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Centrale für Herrenmoden
S. LITTMANN

nur No. 2, Oranienstraße nur No. 2, Station Hochbahn Oranienstraße.
!!Jeder Käufer erhält ein Geschenk!!
Slegante Paletots Herren-Anzüge Konfirmanden-Anzüge Herren-Beinkleider
von 10,50 Mark an. von 11,50 Mark an. von 9,50 Mark an. von 2,50 Mark an.

Meine Konfektion zeichnet sich aus durch tadellosten Sitz, vorzügliche Verarbeitung, solideste Stoffe.
Neu eröffnet! nur No. 2, Oranienstraße nur No. 2. Neu eröffnet!

Eine Mark
wöchentl. Teilzahlung
liefero elegants, fertige
Herren-Moden.
Ersatz für Maß.
Maß-Anfertigung
feinste Verarbeitung
Garantie tadelloster Sitz.
J. Kurzberg,
An der Jannowitz-Brücke 1, I.
Direkt am Bahnhof.
Kein Waren-Kredithaus.



Begründet 1873.
Spezial-Neueste Moden
Hut-Engros-Lager
in Filzhüten, Jagdhüten, Zylinderhüten, Chap-claques u. Strohhüten.
Sinzelverkauf zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Neue Königstr. 48, 1 Treppe,
drittes Haus vom Alexanderplatz (Sonntags geöffnet).

Wo? machen wir diesen Sommer unsere Landpartien hin?
Nach Pichelworder **alten Freund.**
Partien bis 1500 Personen haben bei schönstem Wetter bequem Platz. Es laßt ganz ergebend ein Küchle stets in altbekannter Güte.

New-Departure-Freilauf-Bremsnabe
Die beste der Welt Erhältlich in jeder besseren Fahrradhandlung. Millionen im Gebrauch
Engros-Vertrieb: Romala Talbot, Berlin S.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pf. Stellsuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf. das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 67, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinen-Verkauf Verkauf von Gardinen, Vorhängen, Teppichen, etc.
Teppiche verschiedene Größen und Muster.
Wandker-Hosen verschiedene Modelle.
Wandker-Jacken verschiedene Modelle.
Wandker-Mäntel verschiedene Modelle.
Wandker-Hüte verschiedene Modelle.
Wandker-Schuhe verschiedene Modelle.
Wandker-Accessoires verschiedene Modelle.

Hochverehrte Herrenanzüge

Paletots, feinsten Stoffen her-
stehend, 18-38, Herrenhosen ver-
kauft täglich, Sonntag. Deutsches
Verkaufshaus, Köpenickerstr. 63, I.
Wasch- und Brilmaschinen, beste
Qualität, billigste Preise. Bei An-
zahlung halbes Bedienungsgeld.
E. Bellmann, Goltzowstr. 20, nahe
der Landsbergerstr. 11318*

Wahmaschinen, ohne Anzahlung

Bohle 1,00, gebrauchte 12,00. Für
Nachweis Provision. Köpenicker-
str. 60/61, Große Frankfurter-
str. 43, Prenzlauerstr. 59/60. *
Wahmaschinen, Bergüte bis
12,00, wer Teilzahlung kauft oder
nachweist. Bohle 1,00. Postkarte.
Brauer, Köpenickerstr. 10. 142*

Wohnungen

Wohnungen, verschiedene Modelle.
Wohnungen, verschiedene Modelle.
Wohnungen, verschiedene Modelle.

Wohnungen

Wohnungen, verschiedene Modelle.
Wohnungen, verschiedene Modelle.
Wohnungen, verschiedene Modelle.

Stellenangebote

Stellenangebote, verschiedene Modelle.
Stellenangebote, verschiedene Modelle.
Stellenangebote, verschiedene Modelle.

